Plenarprotokoll **5/98**
11.06.2010

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

98. Sitzung **5. Wahlperiode**

Freitag, 11. Juni 2010, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen gewährleisten
– Drucksache 5/3493 – 3

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3555 – 3

Peter Ritter, DIE LINKE 3, 10
Heinz Müller, SPD 5
Michael Roolf, FDP 6, 11
Jörg Vierkant, CDU 7
Minister Henry Tesch 8
Birger Lüssow, NPD 9

B e s c h l u s s 11

Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung 12

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD:
Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)
– Drucksache 5/3532 – 12

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU:
Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)
– Drucksache 5/3537 – 12

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE:
Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)
– Drucksache 5/3542 – 12

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP:
Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)
– Drucksache 5/3528(neu) – 12

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD:
Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326)
– Drucksache 5/3541 – 12

B e s c h l u s s 12, 43

Antrag der Fraktion der FDP:
Keine Nutzung illegal gewonnener Informationen durch den Staat
– Drucksache 5/3486 – 13

Toralf Schnur, FDP 13
Ministerin Uta-Maria Kuder 14
Reinhard Dankert, SPD 15
Barbara Borchardt, DIE LINKE 16, 20
Egbert Liskow, CDU 18
Udo Pastörs, NPD 18
Michael Roolf, FDP 19, 20

B e s c h l u s s 20, 21, 44

Antrag der Fraktion der NPD:
Landesprogramm für „Demokratie und Toleranz“ ersatzlos streichen
– Drucksache 5/3478 – 21

Birger Lüssow, NPD 21, 27
Dr. Armin Jäger, CDU 24

B e s c h l u s s 28

Erweiterung der Tagesordnung 28

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Rechte des Landtages achten – Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung endlich vorlegen
– Drucksache 5/3497 – 28

Andreas Bluhm, DIE LINKE 28, 33
Minister Henry Tesch 31
Mathias Brodkorb, SPD 32
Hans Kreher, FDP 32
Birger Lüssow, NPD 32

B e s c h l u s s 33, 34, 45

Erweiterung der Tagesordnung gemäß § 74 GO LT 34

Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung) 34
Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung) 34

B e s c h l u s s 35

Antrag der Fraktion der NPD:
Keine Verlängerung des Vertrages zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Juni 1996
– Drucksache 5/3479 – 35

Michael Andrejewski, NPD 35, 40
Dr. Armin Jäger, CDU 36

B e s c h l u s s 41

Nächste Sitzung
Mittwoch, 7. Juli 2010 42

Beginn: 9.01 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 98. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 36**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen gewährleisten, auf Drucksache 5/3493. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3555 vor.

Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen gewährleisten
– Drucksache 5/3493 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 5/3555 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Peter Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Die Linke fordert: … Jugendoffiziere in Schulen, Universitäten und Arbeitsagenturen nur mit Vertreterinnen und Vertretern gegenteiliger Auffassungen auftreten lassen.“ Das war ein Zitat aus unserem Bundestagswahlprogramm für die Bundestagswahlen im Jahr 2009. Sie sehen also, dass für meine Partei und für meine Fraktion das Thema Bundeswehr an Schulen kein neues Thema ist und wir nicht einfach auf eine aktuelle Debatte aufgesattelt haben.

(Gino Leonhard, FDP: Ganz sicher nicht.)

Unsere Position ist also seit Längerem klar, anders als die Position des Ministerpräsidenten, der dem einen Verteidigungsminister schreibt, dass er es durchaus toll findet, wenn die Bundeswehr an Schulen ist, und dem anderen Verteidigungsminister schreibt, dass er das dann doch nicht so toll findet.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion lässt sich auch nicht über Pressemitteilungen vorschreiben, was sie hier im Parlament zu tun und zu lassen hat.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und dritte Vorbemerkung ...

Herr Dr. Nieszery, Sie können von mir aus weiter die beleidigte Leberwurst spielen.

Dritte Vorbemerkung: Meine Fraktion ist für die Zustände in der Koalition nicht verantwortlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das schaffen Sie nicht, mich zu beleidigen, Herr Ritter.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich ein Bild über den Zustand der rot-schwarzen Koalition machen will, dann muss man sich nur das Hickhack um die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr anschauen. Schnell stellt man dann fest, dass die Zusammenarbeit von SPD und CDU geprägt ist von Streit, Beschimpfungen, Misstrauen und Missgunst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Zum wiederholten Male hat die Koalition dem öffentlichen Erscheinungsbild unseres Bundeslandes geschadet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Ritter!)

Dass der Streit zwischen SPD und CDU nun beigelegt sei, wie zu lesen war, das glauben wohl die Koalitionäre selbst nicht. Bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit wird etwa das Thema Bundeswehr mit Sicherheit wieder für öffentlichen Knatsch in der Koalition sorgen

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wollen wir mal sehen beim nächsten Mal.)

und die Handlungsunfähigkeit von CDU und SPD untermauern. Zu schwer wiegen die gegenseitigen Vorhaltungen, zu oft mussten wir ähnlich peinliche Auseinandersetzungen erleben, zu gering sind die inhaltlichen Schnittmengen und zu groß ist der Wunsch der CDU, doch endlich das Sagen in der Landesregierung zu haben, und zu groß ist die Befürchtung der SPD, ins Hintertreffen zu geraten. Auch deswegen werden wir unseren Antrag nicht – wie der SPD-Fraktionsvorsitzende es gern möchte – zurückziehen.

Aber der Reihe nach, liebe Kolleginnen und Kollegen:

Hintergrund unseres Antrages war und ist auch die bundesweite Diskussion über das zunehmende Engagement der Bundeswehr an den Schulen. Immer mehr Beispiele wurden bekannt, die Zweifel an der Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr aufkommen ließen. Die Rede ist von Waffenschauen, von Vorführungen von Schießsimulatoren oder Anwerbeversuchen.

Festzustellen ist auch, dass es wesentlich mehr Veranstaltungen der Bundeswehr in Schulen gibt als etwa durch das Bundesamt für den Zivildienst oder durch Friedensorganisationen, Tendenz zunehmend. Entsprechende Kooperationsvereinbarungen, die die Position und den Einfluss der Bundeswehr in der Regel stärken, wurden bereits in einigen Bundesländern abgeschlossen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, um es klar zu sagen: Informationsveranstaltungen der Bundeswehr in Schulen sind verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässig. Die Bundeswehr ist Teil der Bundesrepublik. Zeit- und Berufssoldaten, aber auch Wehrpflichtige leisten ihren Dienst für die Bundesrepublik. Einige sprechen daher auch von Bürgern in Uniform, andere sprechen von der Parlamentsarmee. Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, gehört dieses Thema ins Parlament.

Gerade aber die, die gern und oft von Bürgern in Uniformen sprechen, übersehen jedoch, dass es Grenzen gibt und auch geben muss, und das nicht nur aus verfassungsrechtlichen Gründen. Der staatliche Erziehungsauftrag wird nämlich dann überschritten, wenn die notwendige Toleranz und Neutralität gegenüber den erzieherischen Vorstellungen der Eltern nicht mehr erkennbar ist, so auch das Bundesverfassungsgericht in dieser Frage. Deswegen ist zwingend erforderlich, dass, wenn schon die Bundeswehr meint, in die Schulen gehen zu wollen, Neutralität und Ausgewogenheit stets gewahrt werden müssen.

Um über jeden Verdacht erhaben zu sein, müssen alle Beteiligten ein Interesse daran haben, dass gerade in der Öffentlichkeit bei umstrittenen Themen auf Ausgewogenheit geachtet werden muss. Und das ist genau zunehmend nicht mehr der Fall. Neben einigen Landtagsfraktionen von SPD, Grünen und LINKEN in anderen Bundesländern sowie der Gewerkschaft für Erziehung

und Wissenschaft hat sich auch der Ministerpräsident dieses Landes in die Debatte eingebracht und Verteidigungsminister zu Guttenberg aufgefordert, nicht einseitig für die Kriegseinsätze zu werben.

DIE LINKE hat daher einen Antrag eingebracht, der das berechtigte Anliegen des Ministerpräsidenten aufgreift und unterstützt. Uns geht es dabei eigentlich um Selbstverständlichkeiten – zum einen um die Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen, zum anderen wollen wir aber wissen, ob die Landesregierung auch eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abschließen möchte und, wenn ja, mit welchem Inhalt.

Nun hat man gehört, man habe sich geeinigt, aber das Parlament kennt diese Vereinbarung nicht, obwohl es eine öffentliche Debatte dazu gegeben hat, obwohl seit mindestens 14 Tagen bekannt ist, dass wir diesen Antrag stellen. Alles das interessiert die Landesregierung offenbar nicht.

Ich frage Sie daher, liebe Kolleginnen und Kollegen: Was spricht dagegen, dass bei einer solchen sensiblen Vereinbarung zuvor im Landtag darüber debattiert wird? Was spricht dagegen, einen möglichst breiten demokratischen Konsens in dieser Frage zu erzielen? Aus meiner Sicht und aus der Sicht meiner Fraktion spricht nichts dagegen. Und ein kluger und vorausschauender Minister jedenfalls würde das auch von sich aus ohne Landtagsbeschluss machen, Herr Tesch, und nicht nach dem Motto „Ik bün all hier“ eine Kooperationsvereinbarung aus der Schublade zaubern. Und ein kluger und vorausschauender Minister würde auch das Kabinett zuvor informieren, damit er nicht im Nachhinein vom Ministerpräsidenten ausgebremst werden muss.

Wie gesagt, eigentlich Selbstverständlichkeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht aber bei SPD und vor allen Dingen bei der CDU. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Harry Glawe hielt seinem Ministerpräsidenten erneut eine polemische und undifferenzierte Debatte zum Afghanistaneinsatz vor. Der Ministerpräsident bezeichnete die Öffnung der Schulen für die Bundeswehr als, ich zitiere nun wörtlich, „unerträglich“. Dem wiederum widersprach der Bildungsminister und zeigte sich irritiert.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der CDU-Abgeordnete Marc Reinhardt machte einen auf „junger Wilder“ und forderte gar eine Entschuldigung vom Ministerpräsidenten für die nach seiner Auffassung unqualifizierten und völlig überzogenen Äußerungen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende legte dann noch einmal nach und behauptete, dass sich im Gegensatz zur SPD-Fraktion die CDU mit dem Ministerpräsidenten völlig einig sei, und erinnerte an eine Rede vom Herrn Ministerpräsidenten vom 19. Mai dieses Jahres anlässlich der Verleihung des Fahnenbandes des Landes für das Flugabwehrraketengeschwader 2 „Mecklenburg-Vorpommern“ in Bad Sülze.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Peng! Das hatte gesessen und nun ist endlich Ruhe, dachte zumindest der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion. Sein Koalitionskollege – ich betone, die beiden bilden die Spitze – bellte zurück und bezeichnete die Äußerung Harry Glawes als einen plumpen Versuch, einen Keil zwischen Ministerpräsident und SPD zu treiben. Es bleibe dabei, der Vorstoß des Verteidigungsministers – der im Übrigen kürzlich aus Kreisen der Union sogar als Rumpelstilzchen bezeichnet worden sein sollte –,

(Michael Andrejewski, NPD:
Ach wie gut, dass niemand weiß!)

verstärkt Soldaten an Schulen für den Afghanistaneinsatz werben zu lassen, werde weiterhin abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jeder Ehepartner hätte spätestens jetzt das Handtuch geworfen. Jeder Familienrichter hätte festgestellt, dass die Ehe zerrüttet ist und nicht die Mindesttrenndauer von einem Jahr bis zur Scheidung hätte abgewartet werden müssen.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,
und Michael Andrejewski, NPD)

Der ganze Vorgang, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tja. –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

stellt für meine Fraktion schon die absolute Härte dar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eben
bei denen so, die auf Sand gebaut haben.)

Wie müssen das erst die Koalitionäre empfinden? Ich befürchte nur, SPD und CDU klammern sich auf Gedeih und Verderb an die Macht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, nein. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer dachte, der Koalitionszoff,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wozu
die Bundeswehr so herhalten muss!)

wer dachte, der Koalitionszoff klingt langsam aus, sah sich erneut getäuscht. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Bundestages, empfahl dem Ministerpräsidenten gar, ich zitiere, „als norddeutscher Rambo die Terroristen zu besiegen“. Zitatende.

(Michael Andrejewski, NPD: Im Alleingang.)

Leute sitzen im Verteidigungsausschuss des Bundestages, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Allerdings!)

Ach ja, nachdem DIE LINKE ihren Antrag dann bei der Präsidentin abgab, kam heraus, dass auch die SPD genau zu diesem Thema einen Antrag in den Landtag einbringen wollte. Die CDU wollte das nicht. Vor allem wollte sie nicht, dass auch Wehrdienstkritiker und Hilfsorganisationen in der Schule zu Wort kommen. Warum eigentlich?

Als dann auch noch der Bildungsminister plötzlich ankündigte, einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr schließen zu wollen, wurde es dem Ministerpräsidenten offenbar zu viel: Er bestellte seinen Minister zum Rapport und ließ den bereits verkündeten Termin zur Unterzeichnung platzen. Die Vereinbarung musste nachgearbeitet werden. Aber was in dieser nachgearbeiteten Vereinbarung steht, kennt das Parlament nicht. Ich bin mir nicht einmal sicher, ob alle Abgeordneten der Koalitionsfraktionen diesen Text kennen.

Der CDU-Abgeordnete Peter Stein meinte, sich auch noch äußern zu müssen, und warf dem Ministerpräsidenten daraufhin vor, dem Land erheblich geschadet

zu haben. Ich bin gespannt, was der Ministerpräsident heute in der Debatte zu diesen Vorwürfen sagen wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nix, Herr Ritter.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mein letzter Kenntnisstand ist, dass die SPD heute zufrieden sei. Militärkritische Positionen kämen nach der neuen Vereinbarung endlich auch zu Wort.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Wirklich? Wir kennen diese Vereinbarung nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tja.)

Und sich nur auf die Einschätzung der SPD zu verlassen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kann man ruhig machen, Herr Ritter,
das ist sehr vertrauenswürdig.)

das ist mir in diesem Haus zu wenig, lieber Kollege Nieszery.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Nach wie vor kennen wir die Kooperationsvereinbarung nicht. Deswegen haben wir unseren Antrag dem aktuellen Sachstand angepasst und wollen endlich informiert werden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr souverän.)

Wir halten es auch für angezeigt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Änderungsantrag zum eigenen Antrag.)

dass der Landtag ein Jahr nach Inkrafttreten einer solchen Vereinbarung über die Entwicklung an den Schulen unseres Landes informiert wird. Dann können wir nachvollziehen,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ob die Ausgewogenheit und die Neutralität von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr

(Beate Schlupp, CDU: Wie in der DDR, ja?)

in den Schulen unseres Landes tatsächlich gewahrt ist. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag in der geänderten Fassung. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

(Beate Schlupp, CDU: Ihr habt wohl vergessen,
was ihr zu DDR-Zeiten gemacht habt, was? –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Darum
geht's doch jetzt überhaupt nicht.
Darum geht es nicht.)

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE trägt das Datum vom 26.05., und wenn ich mir noch einmal die Presseberichterstattung jenes Datums vor Augen führe, dann kann ich für eine solche Antragstellung zumindest noch sagen, dass ich sie bei der Presselandschaft für nachvollziehbar halte.

Inzwischen ist allerdings einiges passiert. Das sehen die LINKEN offenkundig auch selber und haben versucht, ihren eigenen Antrag mit einem Änderungsantrag der derzeitigen Situation anzupassen. So lobenswert dieser Vorstoß ist, den Antrag der aktuellen Situation anzupassen, so bleibt er doch im Ansatz stecken und ist nicht konsequent und weitgehend genug. Wenn er konsequent genug gewesen wäre, Herr Kollege Ritter, dann hätten Sie in der Tat Ihren Antrag zurückgezogen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Denn wenn Sie sich mit dem Thema ernsthaft befassen

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das haben wir getan.)

und wenn Sie die Presse und die Verlautbarungen der Landesregierung und der Fraktionen nicht selektiv wahrnehmen, sondern umfassend, dann hätten Sie sehr wohl gemerkt, dass es in den Äußerungen des Ministerpräsidenten keinesfalls Widersprüche gibt,

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das haben wir auch gar nicht gesagt.)

sondern dass wir in einem Diskussionsprozess in der Landesregierung waren und dass so ein Diskussionsprozess eigentlich doch etwas sehr Selbstverständliches ist. Dieser Diskussionsprozess, meine Damen und Herren, hat zu einem Ergebnis geführt, zu einem Text für eine Vereinbarung mit der Bundeswehr,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

der als eine solide Grundlage für Veranstaltungen auch zu dem schwierigen Thema Auslandseinsätze der Bundeswehr dient. Schülerinnen und Schüler in einer Schule in der Demokratie sollen und müssen sich auch zu sehr schwierigen, zu kontrovers diskutierten Themen eine Meinung bilden.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wenn sie denn dürfen.)

Und zur Meinungsbildung gehört, dass der Grundsatz „audiatur et altera pars“, wir müssen auch die andere Seite hören – ein Grundsatz,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das gilt aber nur für nicht
verbotene Redewendungen.)

der eigentlich aus dem Gerichtsverfahren stammt –, dass der auch in der Behandlung eines solchen Themas in der Schule stattfindet, dass also beide Seiten gehört werden und dass die Schüler auf diese Art und Weise in die Lage versetzt werden, sich umfassend zu unterrichten, sich umfassend mit einem Thema auseinanderzusetzen und sich auf diese Art und Weise vernünftig und solide eine Meinung zu bilden.

Dieses, meine Damen und Herren, gehört zu einer Schule in einer Demokratie. Dieses wird durch diese Vereinbarung gewährleistet. Dieses passiert übrigens auch nicht nur beim Thema Bundeswehr und Auslandseinsätze, sondern auch bei einer Reihe von anderen Themen, auch andere Teile unseres Staates wie etwa die Bundespolizei. Die Polizeien sind ja auch in Schulen präsent. Auch hier findet Meinungsbildung statt. Auch hier gilt der Grundsatz: Wir hören alle Argumente.

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Und auch hier werden Themen angesprochen, die für Schülerinnen und Schüler sicherlich schwierig sind, aber die für ihren Reifungsprozess von Bedeutung sind.

Also, meine Damen und Herren von den LINKEN, wenn Sie konsequent wären, dann würden Sie nicht nur einen Änderungsantrag vorlegen, dann würden Sie in der Tat sagen, das Thema ist erledigt, und würden Ihren Antrag zurückziehen. Dazu fordere ich Sie nochmals auf. Wenn Sie die Kraft nicht besitzen, dann werden wir Ihren Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der FDP Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, das Thema und dieser Antrag eignen sich nicht dazu, Dissense in der Koalition zu diskutieren. Dissense, inhaltliche Kontroversen in einer Koalition sollte man an Sachthemen, an unterschiedlichen Auffassungen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber nicht an solch einem Thema versuchen hier in das Parlament zu bringen. Und ich bin von der Art und Weise, wie die Kollegen der LINKEN dieses Thema angehen, tief erschüttert,

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

aber auch eigentlich wiederum nicht tief erschüttert.

(Gelächter bei
Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ein bisschen
schwanger, ein bisschen schwanger.)

Herr Kollege Ritter, ich schätze Sie als ein sehr aufrechtes Mitglied des Landtages,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

aber ich glaube,

(Stefan Köster, NPD: Das
ist eine Fehleinschätzung.)

die Zeit hat sich geändert. Und Sie als ehemaliger Politoffizier der Nationalen Volksarmee haben,

(Beate Schlupp, CDU: Genau, genau.)

glaube ich, so, wie es auch in den „Landtagsnachrichten“ 4/2005 zu lesen ist …

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Nein!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Nein, nein, nein, nein. Doch, Sie haben ein Recht,

(Zurufe von Beate Schlupp, CDU,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

genau Sie haben ein Recht,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

genau Sie haben ein Recht, sich dazu zu äußern.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber ich glaube, Sie zeigen uns sehr klar und deutlich, dass Ihr Bild, dass das, was Sie mitbringen als Politoffizier der NVA,

(Beate Schlupp, CDU: Genau.)

nicht mehr das Bild der Bundeswehr in der Demokratie ist.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Und das ist das Problem der LINKEN.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Helmut Holter, DIE LINKE: Das
ist das Problem dieser Koalition.)

Politoffiziere in der DDR sind nicht zu vergleichen mit einem Offizier in der Bundeswehr in der Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Also Sie sind ja ein so Liberaler,
ein so Liberaler. Ich bin begeistert! –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und genau da, liebe Kollegen von den LINKEN, ist Ihr Problem. Und deshalb finde ich es auch konsequent, dass wir das den Menschen im Land sehr klar und sehr deutlich sagen: Die LINKEN sehen die Aufgabe der Bundeswehr durch die Brille eines Politoffiziers der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten
der Fraktion der FDP – Unruhe bei
Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Und das Zweite, was ich sagen möchte, ist eine Äußerung an den Kollegen Müller.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Herr Kollege Müller, zu Ihnen möchte ich sagen, dass wir in den Formulierungen, die wir zu diesem Thema von uns geben, aufpassen müssen. Wenn die Bundeswehr, die eine Parlamentsarmee ist,

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

wenn die Bundeswehr in den Schulen informiert,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

dann gibt es für uns Liberalen keine andere Seite, die dazu befragt werden muss.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Es gibt keine andere Seite.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Bundeswehr ist eine demokratische Parlamentsarmee.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP)

Sie vertritt nicht eine Seite, nicht eine andere Seite, sondern sie vertritt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des gesamten Deutschlands.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Gino Leonhard, FDP: Ganz genau so ist das.)

Und wer an dieser Stelle ein Bild malt, das von der Bundeswehr nur ein Bild zeigt, was nicht objektiv ist,

(Unruhe bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

was nicht umfänglich ist und wo es einer anderen Seite bedarf, die das richtigstellt,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Kollege Müller, dann sollten Sie sich Ihre Argumentation einmal bitte ganz genau überlegen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: 70 Prozent der Leute wollen den Krieg in Afghanistan nicht.)

Vielen Dank.

(allgemeine Unruhe – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD – Präsidentin Sylvia Bretschneider spricht bei abgeschaltetem Mikrofon. – Heinz Müller, SPD: Mikrofon! – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Entschuldigung.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie doch, etwas Ruhe zu bewahren und hier den Rednern zuzuhören. Die Fraktionen haben die Möglichkeit, über ihre Redner ihre Position deutlich zu machen. Dabei sollten wir es auch belassen.

Ich rufe jetzt auf den Abgeordneten Herrn Reinhardt für die Fraktion der CDU, Herrn Vierkant, Entschuldigung.

Jörg Vierkant, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dieser zu Recht sehr emotional geführten Debatte, glaube ich, ist es im Einstieg auch noch mal notwendig, aufzuzeigen, dass die Bundeswehr seit nunmehr 20 Jahren mit unserem Schulwesen und mit unserem Land kooperiert, was politische Bildung anbelangt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja auch richtig so. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Ja, das ist richtig. Auch in Zeiten von Rot-Rot ganz normal. Ein Bundestagsproblem.)

Wir kooperieren mit der Bundeswehr. Wir kooperieren mit anderen Partnern von Verbänden, Stiftungen und Kirchen in gleicher Weise. Diese gute Zusammenarbeit wurde bisher von allen Landesregierungen, egal welcher Couleur, anerkannt und sehr geschätzt, häufig auch öffentlich gelobt.

Sie, meine Damen und Herren von der Linksfraktion, unterstellen nun allerdings den Informationsveranstaltungen der Wehrdienstbeauftragten und Jugendoffiziere mangelnde Neutralität und Ausgewogenheit.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war der Ministerpräsident. Das waren nicht wir.)

Ich frage mich,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sagen Sie mal die Wahrheit, Herr Vierkant!)

woraus schöpfen Sie denn Ihren deformierenden Argwohn?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wir haben die Debatte doch nicht angestoßen.)

Bisher gab keine dieser Veranstaltungen irgendeinen Anlass zu der Sorge, dass einseitig informiert oder dass dieser oder jener Einsatz, wo auch immer auf der Welt, verherrlicht wurde,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sandmann, Sandmann!)

ganz im Gegenteil. Das war so und dies wird, davon bin ich überzeugt, auch künftig so sein.

Meine Damen und Herren, wenn sich nun bei Veränderungen der politischen Farbenlehre auch das Fähnchen um Auslandseinsätze, insbesondere um den Afghanistaneinsatz, scheinbar öfter dreht, dann können wir doch nicht die Bundeswehr dafür verantwortlich machen.

(Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. – Andreas Bluhm, DIE LINKE: Das tut doch auch keiner.)

Ihre Aufträge erhält die Bundeswehr vom Deutschen Bundestag, und diesen haben wir alle gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Die Abgeordneten vertreten uns.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das ist nicht das Thema des Antrages.)

Die Bundeswehr führt als Parlamentsarmee die Beschlüsse des Bundestages aus, nicht mehr und nicht weniger. Darüber hinaus ist Deutschland beim Afghanistaneinsatz Bündnispartner und hat seinen Beitrag zu leisten.

Meine Damen und Herren, ich bin stolz auf diejenigen Frauen und Männer, die ihr Land auch mit der Waffe verteidigen,

(Michael Andrejewski, NPD: Dann gehen Sie doch auch hin! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und ich bin stolz auf die Reservisten in unseren Reihen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

von denen ich namentlich die 1. Vizepräsidentin Renate Holznagel hervorheben möchte. Vielen Dank für euren Einsatz!

Umso mehr schäme ich mich für das, was hier in den letzten Wochen in diesem Land abgegangen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der CDU und FDP)

Ich frage Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE:

(Irene Müller, DIE LINKE: Zu welchem Antrag reden Sie eigentlich? Haben Sie noch einen Antrag in petto?)

Warum haben Sie mit Ihrer Diskussion nun auch noch mit diesem vorliegenden Antrag die politische Auseinandersetzung um den Einsatz der Bundeswehr an die Schulen verlagert?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben Sie das nicht mitgekriegt, den Disput zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Bildungsminister?)

Sie haben die Schule zum Stellvertreterort des Für und Wider um Kriegseinsätze gemacht. Das ist doch reichlich feige und verlogen. Und hier und in Berlin wird die Auseinandersetzung geführt.

Darüber hinaus empfinde ich das Ganze als Pauschalverunglimpfung der Soldaten und Angestellten der Bundeswehr und deren Familien.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Das hat niemand getan.)

Denn, wie bereits am Anfang gesagt,

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

wir haben keinen Grund, die Bundeswehr nicht als engagierten Partner in der politischen Bildung anzuerkennen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Michael Roolf, FDP: Sehr richtig. –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Und genauso gibt es keine Gründe, die politische Bildung durch Jugendoffiziere in die Nähe von Kriegswerbung zu bringen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat das
Verteidigungsministerium selber getan.)

Das ist ehrverletzend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, die Debatten der letzten Wochen,

(Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

ich wiederhole das bewusst, fand ich beschämend und unwürdig. Daher bin ich froh, dass jetzt ein Text für eine Kooperationsvereinbarung vorliegt,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Aber die Bundeswehr hat Probleme
mit dem Text, habe ich gehört.)

und sehe daher erst recht keinen Grund, Ihrem Antrag zuzustimmen.

Abschließend möchte ich noch anmerken, dass die Vereinbarung in der Ursprungsfassung aus meiner Sicht die bessere war und ich Verständnis dafür hätte, wenn die Bundeswehr vor Annahme der neuen noch einmal gründlich überlegt. Das ist meine Meinung, ob es die Meinung meiner Fraktion ist, kann ich von hier aus jetzt nicht beurteilen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir haben hier
Gott sei Dank alle mit am Kabinettstisch
gesessen und das mitgetragen.)

Ich kann nur sagen, dass die Koalitionäre informiert sind

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist doch schön.)

und den Kooperationsvertrag …

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das
reicht ja dann aus fürs Parlament.)

Das reicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, das reicht aus.)

Das reicht, das reicht aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Man muss einen
Antrag machen, damit die Öffentlichkeit
auch den Wortlaut kennt. Aus die Maus!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vierkant.

Das Wort hat jetzt der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sie alle haben die Debatte über den Einsatz von Jugendoffizieren an unseren Schulen in den letzten beiden Wochen mitverfolgt beziehungsweise zum Teil mitgestaltet. Und ich glaube, wir können heute auch konstatieren, die Debatte führt eines vor Augen: Wir erwarten von unserer Jugend nichts anderes, als dass sie unsere Gesellschaft morgen und übermorgen verantwortungsvoll gestaltet.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Doch sie wird es nur können, wenn sie weiß,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Ihr seid doch bankrott.)

dass Frieden, Freiheit und Demokratie verantwortungsvoll immer wieder neu errungen und verteidigt werden müssen. Auch darüber, denke ich, herrscht Einigkeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Bürger angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, politische Prozesse zu verfolgen, sich an ihnen zu beteiligen

(Udo Pastörs, NPD: Chamäleon.)

und Mitverantwortung zu übernehmen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Nachdem
alle Sitzungen geheim stattfinden, oder wie?)

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maß einer Auseinandersetzung mit diesen Fragen der Politik.

(Udo Pastörs, NPD: Bla, bla, bla!)

Und dazu zählt auch die Sicherheitspolitik. Im Einvernehmen mit den Kultus- und Bildungsministerien aller Länder leisten die Jugendoffiziere der Bundeswehr einen wesentlichen Beitrag zur politischen Bildung.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Richtig.)

Und in Mecklenburg-Vorpommern kooperieren die Bundeswehr und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur bereits seit über 15 Jahren auf vielfältigen Gebieten miteinander.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE:
Auch richtig.)

Und der Kollege Bluhm hat es sozusagen auch schon durch seinen Zwischenruf bestätigt, auch in diesen Jahren unter Rot-Rot gab es diese Kooperation. Und insofern, Herr Ritter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da hat sich aber
am Regierungstisch keiner drüber gestritten, so,
wie Sie das machen. Das ist der Unterschied.)

will ich Ihnen einfach nur sagen, nichts anderes ist expressis verbis aufgeschrieben worden als genau diese Zusammenarbeit. Genau diese Zusammenarbeit! Und das so zu problematisieren, und Sie haben es an dieser Stelle auch durch Zwischenrufe und in Ihrer Rede mehrfach getan, Ihnen geht es um eine zerrüttete Ehe,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ist es nicht so?)

Ihnen geht es um das Vorführen der Regierung. Und das ist wirklich nicht der Fall an dieser Stelle.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und wenn Sie die Diskussion nehmen und auch die Frage des Ministerpräsidenten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann ist es ganz klar, dass es vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion des Afghanistaneinsatzes diese Fragestellung gegeben hat. Daraufhin ist der Text angesehen und modifiziert worden. Das ist im Grunde genommen die ganze Debatte. Alles andere ist an die Debatte Ihrerseits herangehängt worden, und insofern, glaube ich, ist das auch nicht zielführend.

(Unruhe bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb wundert mich auch der Inhalt des Antrages, wenn Sie sagen, Sie fordern vor dem Hintergrund aktueller öffentlicher Berichterstattung die Gewährleistung von Neutralität und Ausgewogenheit von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an Schulen. Das ist gesichert. Und ich glaube, das ist auch möglich.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Jugendoffiziere verfolgen einen ganzheitlichen und pluralistischen Bildungsansatz und sie sind dem Kontroversitätsgebot und dem Überwältigungsverbot verpflichtet.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Auch das alles wissen Sie.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Aber geheim, aber geheim!)

Das ist nicht wahr. Warten Sie es doch ab!

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wie lange soll er denn noch warten?
Bis Sie abgetreten sind, oder was?)

Und damit tragen sie als Mittler der politischen Bildung im öffentlichen Auftrag den Grundprinzipien der Pluralität, Überparteilichkeit und Unabhängigkeit Rechung. Die Veranstaltungen der Jugendoffiziere waren und sind getragen von einer generellen Richtlinie der politischen Bildung, auch Sie wissen es, dem Beutelsbacher Konsens, der unter anderem die Manipulation der politischen Meinung verbietet. Und ich glaube, das sollte uns einen.

(Udo Pastörs, NPD: Ich lach mich tot.)

So nimmt es nicht wunder, dass auch aus Teilnehmerkreisen durchaus kritische Fragen erwünscht, ja häufig provoziert werden, um das gesamte Spektrum individueller Einstellungen zu sicherheitspolitischen Themen zu Wort kommen zu lassen. Gleiches gilt auch, wenn Jugendoffiziere als externe schulische Lernpartner Schulklassen besuchen und Diskussionsrunden zu von Schülerinnen und Schülern selbst vorgeschlagenen Themen veranstalten. In der Regel werden diese Besuche vorbereitet, indem sich die Schülerinnen und Schüler im Vorfeld Fragen überlegen, an deren Beantwortung oder Diskussion sie großes Interesse haben.

Und ich frage Sie jetzt wirklich unabhängig von Polemik: Wer war denn zu Ihrer Regierungszeit bei einer dieser Veranstaltungen in den Schulen dabei? Wer hat sich denn in den acht Jahren einmal die Zeit genommen und hat sich eine solche Unterrichtsstunde angesehen? Wer ist denn vielleicht auch als Gegenpart in einer solchen Unterrichtsstunde aufgetreten?

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Monty Schädel! Monty Schädel!)

Ich frage ja nur! Und dann fragen Sie mal Monty Schädel, in welcher Unterrichtsstunde er war.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, das kann ich Ihnen sagen.)

Na, dann sagen Sie es! Ich kann es Ihnen sagen: Er war bei mir. Diese Frage der Ausgewogenheit und Neutralität hervorzuheben, das entscheiden Schulen selbst. Sie bereiten es vor, sie gehen auf ihre Schülerinnen und Schüler zu, sie haben Schulkonferenzen. Da fällt nichts vom Himmel. Also all das wird ausgeblendet in Ihrer Diskussion und ich lade förmlich dazu ein, dass Sie es, wenn Sie es noch nicht getan haben, in der Zukunft tun sollten, dann können wir diese Diskussion auf einem anderen Niveau dann hier auch führen. Denn eins ist klar: Ein solches Niveau herrscht an den Schulen, bei den Kolleginnen und Kollegen in der Zusammenarbeit eben nicht vor, und das ist das Traurige. Das stimmt uns wirklich traurig. Die Schulen sind weiter, als die Diskussion hier unterstellen wollte.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Wir haben seit 15 Jahren hier auf freiwilliger Basis der Schulen diese gute Kooperation.

Und der Zwischenruf, Herr Ritter, das ist gerechtfertigt. Wir haben jetzt den neuen Text, wir haben diese Vereinbarung. Das wird auch kein Geheimtext, ganz im Gegenteil, nur jetzt treten wir genau in die zweite Phase. Das müssen wir natürlich mit dem Partner, mit dem wir verhandeln wollen, besprechen. Und deswegen sollte man auch nicht vorlaut hier darüber unken. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow für die Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Bundesverteidigungsminister – eigentlich müsste er Bundeskriegsminister genannt werden, da wohl kaum ein vernünftiger Mensch behaupten kann, dass Deutschland von Afghanistan angegriffen worden sei – forderte im Mai eine verstärkte Öffnung der Schulen für die Bundeswehr. Im vorauseilenden Gehorsam kam unser Bildungsminister diesem Ansinnen sofort entgegen. Jugendoffiziere der Bundeswehr sollen Schüler ermuntern, als Zeitsoldaten für Auslandseinsätze, also Kriegseinsätze zur Verfügung zu stehen. Der Krieg am Hindukusch soll verstärkt im Schulunterricht thematisiert werden.

Auch wenn die Sozis immer wieder behaupten, in Afghanistan würde die Freiheit Deutschlands verteidigt, ist für uns Nationale klar, dass es sich bei diesem Krieg um einen schmutzigen Krieg der US-Amerikaner handelt, damit diese ihre Handelswege sichern können.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Der zurückgetretene Bundespräsident hat die Sache ja klar beim Namen genannt, deshalb wurde er vielleicht sogar zum Rücktritt gezwungen. Weder in Afghanistan noch im Irak, geschweige denn in Vietnam ging es um Verteidigung. In der DDR und in der BRD wurde immer wieder behauptet, die Welt sei am 8. Mai 1945 vom Krieg befreit worden. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus.

(Stefan Köster, NPD: So ist es.)

Wer weiß denn schon, dass zum Beispiel die US-Amerikaner allein auf Vietnam mehr Bomben abgeworfen haben, als im gesamten Zweiten Weltkrieg insgesamt fielen? An unseren Schulen sollte keine Propaganda für Kriegseinsätze betrieben werden. In der heutigen Zeit sollten Probleme anders gelöst werden. Dem US-amerikanischen Imperialismus muss Einhalt geboten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Aber Sie werden es eh nicht kapieren, dass die deutsche Jugend keine Lust hat, auf den Schlachtfeldern für fremde Interessen zu sterben. Lassen Sie die Völker am Hindukusch in Ruhe, denn diese haben uns niemals angegriffen! Deutsche Soldaten dürfen nur zur Verteidigung von Deutschland eingesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wenn Sie dies an den Schulen vermitteln wollen zur Stärkung der Wehrbereitschaft, dann wäre der Einsatz von Propagandaoffizieren an den Schulen durchaus wünschenswert.

In der Landesregierung ist man sich ja auch nicht so richtig einig, ob an unseren Schulen Kriegspropaganda betrieben werden darf. Auf klare Fragen meiner Kollegen Udo Pastörs und Raimund Borrmann fand der Bildungsminister gestern in der Fragestunde keine vernünftige Antwort. Für uns ist klar: Sie treiben unser Volk weiter in sinnlose Kriege, Sie verbreiten am Hindukusch Hass, Angst und Elend.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Kriege wie in Afghanistan oder der Vernichtungskrieg der Israelis gegen die Palästinenser sind zu verdammen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Morden! Mord war das!)

Wir wollen eine Politik, die auch in Verteidigungsfragen streng an deutschen Interessen orientiert ist. Die NPD lehnt den Antrag der LINKEN ab, weil dieser heuchlerisch ist und sich nicht entschieden genug gegen die Kriegspropaganda der Altparteien wendet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mir natürlich gewünscht, dass der Ministerpräsident hier an dieser Stelle auch etwas zum Thema sagt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber kein Wunschkonzert.)

weil in den Redebeiträgen auch des Bildungsministers deutlich geworden ist, dass man hier Ursache und Wirkung verwechselt. Nicht wir, Herr Roolf, haben für diese tiefe Erschütterung gesorgt, sondern die Debatten zu diesem Thema am Kabinettstisch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die sind gelöst, die Probleme sind gelöst.)

Die Probleme sind gelöst, sagt Herr Nieszery, aber die Bundeswehr ließ verlauten, dass sie große Probleme hat mit dem Lösungsvorschlag der Koalition.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist eine ganz normale Verhandlungsgeschichte, Herr Ritter.)

Insofern hat sich an der Aktualität unseres Antrages überhaupt nichts geändert,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

denn es ist immer noch nicht klar, ob geeignete Schritte eingeleitet worden sind, und geeignete Schritte sind es erst, wenn beide Vertragspartner davon überzeugt sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da gibt es bald das „Goldene Beil“ fürs Haarespalten, Herr Ritter.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen und lieber Kollege Roolf, so ändern sich die Zeiten. Vor wenigen Tagen wurde ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer der DDR zum Militärpfarrer berufen. Und ja, ich war Politoffizier der NVA.

(Michael Roolf, FDP: Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. – Michael Andrejewski, NPD: Wendehälse.)

Nein, das ist auch in Ordnung, aber ich bin auch heute zum Beispiel Mitglied des Bundeswehrverbandes. Und in dieser Eigenschaft war ich mit meiner geschätzten Kollegin Renate Holznagel erst wieder jüngst zur Bezirkstagung des Bundeswehrverbandes in Linstow. Alle Fraktionen waren eingeladen. Wir haben auch in unseren Grußworten zum Beispiel unsere unterschiedlichen Positionen zum Afghanistaneinsatz deutlich gemacht. Wer nicht da war, waren die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion.

(Zuruf von Gino Leonhard, FDP)

Auch das gehört,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja.)

auch das gehört zum Auseinandersetzungsprozess in dieser Frage. Man kann sich dann also nicht nur hier hinstellen oder über Presseerklärungen unterschiedliche Positionen zum Afghanistaneinsatz deutlich machen, wenn man es dann scheut,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

auch mit den Interessenvertretern der Bundeswehrsoldaten in den Dialog einzutreten.

(Beate Schlupp, CDU: Daran hat sich ja nichts geändert.)

Und, sehr geehrter Herr Vierkant, ich muss es noch mal sagen: Nicht wir, nicht meine Fraktion und nicht ich haben die Debatte in der Öffentlichkeit angestoßen. Es war der Ministerpräsident, Ihr Ministerpräsident, und es war Ihr Bildungsminister.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Insofern ist es Aufgabe einer Oppositionsfraktion, auch solche Widersprüchlichkeiten hier in das Parlament hineinzutragen.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und ich sage noch einmal: Wenn wir von einer Parlamentsarmee reden und wenn wir alle, das habe ich aus der Debatte entnommen, Ausgewogenheit an den Schulen weiter garantieren wollen, so, wie es in der Vergangenheit ja war, dann haben wir als Parlamentarier auch einen Anspruch darauf zu erfahren, was in dieser Kooperationsvereinbarung steht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das werden Sie doch irgendwann.)

Und, Herr Bildungsminister, wenn das Ding fertig ist, warum haben Sie uns das denn nicht gestern schon in die Post gelegt? Dann hätten wir uns damit auseinandersetzen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Weil es von
dieser Seite noch nicht unterschrieben ist.)

Ach, weil es noch nicht unterschrieben ist!

Und da sagt Herr Vierkant, die Koalitionsfraktionen sind darüber informiert und das reicht aus.

(Jörg Vierkant, CDU: Das ist doch nur
ein Vorschlag. Das ist nur ein Vorschlag.)

Das ist ein sehr merkwürdiges Verständnis vom Parlamentarismus. Dann geben Sie mir den Vorschlag, dann kann ich mir den angucken, dann können wir auf gleicher inhaltlicher Basis miteinander debattieren.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das
sollen Sie doch gar nicht, Herr Ritter.)

Dann brauchen wir uns nicht mit zwei Streithähnen in der Landesregierung auseinanderzusetzen, sondern wir können uns mit dem vorliegenden Text auseinandersetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Dazu haben Sie kein Recht.)

Kurzum: Unser Antrag hat nichts an Aktualität verloren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

denn es gibt offenbar immer noch keine geeigneten Schritte, um die Neutralität und Ausgewogenheit

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

von Informationsveranstaltungen der Bundeswehr an den Schulen zu gewährleisten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wollen
Sie aber offensichtlich nicht einsehen.)

denn wie Herr Vierkant sagte, es ist ja nur ein Vorschlag. Und zweitens, wenn dieser Vorschlag dann von beiden Kooperationspartnern unterzeichnet worden ist und in Kraft tritt, glaube ich, ist es das gute Recht des Parlamentes, nach einem Jahr zu erfahren, wie sich diese Kooperationsvereinbarung in der Praxis bewährt hat,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die
wird doch dann veröffentlicht.)

und deshalb,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Da wird berichtet.)

und deshalb in unserem Änderungsantrag auch die Terminstellung für eine Unterrichtung bis zum 31. Mai 2011.

Und was soll daran schlecht sein, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gar nichts, gar nichts.)

Es sei denn, Sie bleiben bei Ihrem Verständnis vom Parlamentarismus,

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

dass es ausreicht, wenn die Koalitionsfraktionen wissen und bestimmen, wie es im Land vorangeht. Das aber ist mir zu wenig.

Und wer sich wirklich inhaltlich mal mit dieser Forderung auseinandersetzen will, dem empfehle ich das Studium der Ausarbeitung WD 3 – 091/10 des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages. Dort ist genau formuliert, welche Erwartungshaltungen es gibt. Und da bin ich gespannt, ob diese Erwartungshaltungen sich in diesem Vorschlag wiederfinden, und deshalb die Kooperationsvereinbarungen auf den Tisch des Parlamentes, ansonsten brauchen Sie von Parlamentsarmee nicht mehr zu reden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion Herr Roolf.

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn meine Informationen richtig sind, dann hat es in den letzten 15 Jahren immer die Tradition gegeben, dass Kooperationsvereinbarungen im Kabinett besprochen wurden und im Kabinett auch entschieden worden sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So sieht’s aus.)

Es sind mir keine Kooperationsvereinbarungen aus den letzten 15 Jahren bekannt, die vormals durchs Parlament gegangen sind.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und, Herr Kollege Ritter, Sie können es ganz einfach machen wie die Liberalen. Da sitzt der Minister. Gehen Sie hin, fragen Sie ihn, ob er in Ihre Fraktion kommt! Wir haben es getan. Wir haben die Zusage des Ministers, dass er in unsere Fraktion kommt, mit uns über die Kooperationsvereinbarung spricht. Das ist der richtige Weg, nicht eine solche Antragstellung, wie Sie sie heute getan haben.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der CDU und FDP –
Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3555 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungs-

antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3555 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3493 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3493 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, bei Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU, der FDP und der NPD abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie darüber informieren, dass die Fraktion der CDU eine Auszeit beantragt hat. Wir unterbrechen die Sitzung für 15 Minuten und setzen die unterbrochene Sitzung gegen 10.00 Uhr hier fort.

Unterbrechung: 9.42 Uhr

Wiederbeginn: 10.00 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37**: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung, hierzu Wahlvorschlag der Fraktion der SPD auf Drucksache 5/3532, Wahlvorschlag der Fraktion der CDU auf Drucksache 5/3537, Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3542, Wahlvorschlag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3528(neu), Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3541.

Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung

Wahlvorschlag der Fraktion der SPD: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – Drucksache 5/3532 –

Wahlvorschlag der Fraktion der CDU: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – Drucksache 5/3537 –

Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – Drucksache 5/3542 –

Wahlvorschlag der Fraktion der FDP: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – Drucksache 5/3528(neu) –

Wahlvorschlag der Fraktion der NPD: Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung vom 25. April 1959 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 12. Juli 2007 (BGBl. I S. 1326) – Drucksache 5/3541 –

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraf 92 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung findet bei Wahlen geheime Abstimmung statt. Sie erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.

Zur Wahl lassen Sie mich Folgendes anmerken: Gemäß Paragraf 4 Absatz 1 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung wählt der Landtag die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. Gemäß Paragraf 4 Absatz 2 dieses Gesetzes hat jeder Abgeordnete bei diesem Wahlverfahren nur eine Stimme. Sie haben daher nur die Möglichkeit, einer Liste Ihre Zustimmung zu geben.

Die Sitze werden gemäß Paragraf 4 Absatz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, den Listen nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugeteilt. Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen. Entfallen auf eine Liste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, so gehen die Sitze in der Reihenfolge der nächsten Höchstzahlen auf die anderen Listen über.

Zu dem Stimmzettel möchte ich auf Folgendes hinweisen: Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens vor Betreten der Wahlkabine am Tisch zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel sind die fünf Wahlvorschläge mit den entsprechenden Drucksachennummern aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Kabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, Ihren Namen zu nennen.

Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, mit mehr als einem Kreuz versehen ist, keine Kennzeichnung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich jetzt die Wahl eröffne, bitte ich die Schriftführerin, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Die Schriftführerin überzeugt sich davon, dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Vielen Dank, Frau Peters.

Ich eröffne die Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung. Ich bitte nun, die Namen der Abgeordneten aufzurufen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung. Wir werden das Ergebnis zur Wahl der Mitglieder der 14. Bundesversammlung nach dem Tagesordnungspunkt 28 bekannt geben.

Wir unterbrechen zur Auszählung der Stimmen – unabhängig davon, das sagte ich eben schon, dass wir das Ergebnis später bekannt geben – die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 10.21 Uhr

Wiederbeginn: 10.32 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und wie vereinbart rufe ich jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 28**: Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Keine Nutzung illegal gewonnener Informationen durch den Staat, Drucksache 5/3486.

Antrag der Fraktion der FDP:
Keine Nutzung illegal gewonnener Informationen durch den Staat
– Drucksache 5/3486 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Schnur von der Fraktion der FDP.

Toralf Schnur, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag verfolgen wir das Interesse, dass wir zu einem klaren Bekenntnis in diesem Landtag kommen, dass illegal gewonnene Informationen nicht durch den Staat verwendet werden dürfen.

Hintergrund ist – und das wissen ja auch viele –, diese Diskussion ist überhaupt erst entstanden mit der Diskussion um den Ankauf der Steuer-CDs. Ich möchte jedoch, um an dieser Stelle auch gleich darauf aufmerksam zu machen, die Debatte deutlich versachlichen. Es kann und darf an der Stelle nicht richtig sein, dass wir eine solche Debatte nur ausschließlich an einem spezifischen Fall führen.

Die Grundsatzdiskussion über den Ankauf von illegal gewonnenen Informationen ist insofern wichtig, weil wir uns grundsätzlich über die Frage im Rechtsstaat unterhalten müssen, was der Staat zu tun und zu lassen hat, und aus unserer Sicht – und das wissen Sie ja auch – ist es eben nicht möglich und sollte nicht sein, dass der Staat sich an dieser Stelle in der Diskussion darauf einlässt, Daten anzukaufen, Daten weiterzuverwenden, die möglicherweise aufgrund von illegalen, welche auch immer gearteten Situationen, gewonnen werden.

Ich will das mal an einem Beispiel machen. Wir haben, ich glaube, vor etwa 14 Tagen, vor der Situation gestanden, dass vom Europäischen Gerichtshof die Frage geklärt worden ist, ob die Androhung von Folter bereits ausreichend ist, um möglicherweise die Frage zu beantworten, ob der daraus resultierende Gewinn einer Information, ob diese Information an der Stelle weiterverwendet werden darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Europäische Gerichtshof hat an der Stelle, es ging dort um den Kindesmord, gesagt, selbst die Androhung von Folter ist ausreichend, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die daraus resultierenden Informationen gegen die Menschenwürde des Betroffenen verstoßen.

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist auf jeden Fall außerordentlich schwierig. Man hat sehr starke Emotionen und genau diese Emotionen werfen das Problem auf, dass, wenn wir Recht emotional betrachten, wir häufig auch zu Fehlentscheidungen kommen könnten. An dieser Stelle möchte ich darauf aufmerksam machen, dass in der Diskussion zu der Steuer-CD immer darauf aufmerksam gemacht worden ist, dass die FDP bei Steuersündern kein Problem damit oder vielmehr ein Problem damit hat, wenn diese rechtswidrig gewonnenen Informationen durch den Staat weiterverwendet werden, während die FDP keine Probleme damit hat, angeblich keine Probleme damit hat, wenn das Gleiche im Rahmen von Hartz IV passiert.

Ich will das an der Stelle deutlich sagen: Es gibt auch für die FDP keinen Unterschied zwischen dem Hartz-IV-Empfänger, der den Staat betrügt, und dem Steuersünder, der den Staat betrügt. Das muss man hier doch mal deutlich sagen. Weil es wird uns immer unterstellt, so nach dem Motto, wir wollen die Kleinen fangen und die Großen lassen wir laufen. Das ist in diesem Zusammenhang unrichtig. Die FDP-Fraktion legt Wert darauf, dass wir uns einfach verständigen vom System her, dass der Staat sich schlicht und einfach aus solchen Ankäufen zurückhält.

(Regine Lück, DIE LINKE: Aber wenn Not ist, soll er wieder kommen, der Staat.)

Da muss man eben auch die Frage stellen: Wie verhält es sich dann eigentlich in der Diskussion, wenn der Staat keinen materiellen Gewinn aus dem Ankauf erzielen würde? Denn es wird ja an der Stelle immer relativ klar argumentiert in der Öffentlichkeit, dass, wenn man die CDs ankauft, man einen erheblichen Gewinn erreichen kann. In der tatsächlichen Diskussion ziehen sich dann die Vertreter regelmäßig auf das Recht zurück und begründen es damit, dass die Steuersünde oder andere Sachverhalte bereits eine Straftat wären und man demzufolge vor der Situation steht, dass man die daraus verwendeten Materialien, die ja bereits begründet sind im Rahmen einer Straftat, weiterverwenden kann.

Aber – und das muss man dann eben auch fragen – wenn man dem dann folgt, dann wäre es ja theoretisch auch zwingend erforderlich, dass man eine solche CD kauft, wenn man keinen materiellen Gewinn aus dem Ankauf zieht. Dem könnte man ja womöglich noch folgen, nur, die Vertreter, die in aller Öffentlichkeit die Position des Ankaufs vertreten, sagen alle klar, ich zitiere mal sinngemäß, es würde doch überhaupt keinen Sinn machen, eine CD anzukaufen, von der man nichts hat. Das kann und darf in unserem Rechtsstaat schlicht und einfach nicht das Ergebnis von Recht sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

In einem Rechtsstaat müssen wir auch an dieser Stelle gleichbehandeln. Ich weiß, die Juristen werden an der Stelle jetzt womöglich die Güterabwägung ins Feld führen und sagen, na ja, im Einzelfall mag das so sein, aber wir vergessen noch einen weiteren Punkt. Wir vergessen den Punkt, dass wir mit einem Ankauf solcher Datensätze ein Problem schaffen. Wir vorverurteilen denjenigen, der womöglich auf einem solchen Datensatz steht und eigentlich überhaupt gar keine Steuersünde, wenn man es denn auf diese CD zurückführt, begangen hat.

Das heißt, wir vorverurteilen unter Umständen auch Menschen, die schlicht und einfach mit dem Sachverhalt nicht unmittelbar in Verbindung zu bringen sind. Und auch da muss man sagen, die Vorverurteilung ist mit unserem Rechtsstaatsprinzip überhaupt nicht vereinbar.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Demzufolge ist es auch folgerichtig, dass es verschiedene Rechtsauffassungen zu diesem Thema gibt, dass man natürlich prüft und fragt oder die Landesregierung beauftragt, von mir aus im Rahmen eines Gutachtens, eines Berichts, wie auch immer, dass man schlicht und einfach die Rechtslage an der Stelle abprüft, denn wenn man sich in der Öffentlichkeit anschaut, wie sich das Bild darstellt, dann wird man relativ klar erkennen, dass es zwei grundsätzlich gegenläufige Auffassungen gibt, und zwischen denen hat man meines Erachtens abzuwägen.

Demzufolge ist es im Übrigen auch für unser Land wichtig, dass wir feststellen, ob wir das in die Verfassung reinschreiben oder nicht. Es mag an der Stelle für den einen oder anderen vielleicht jetzt in der Begründung kommen, indirekt haben wir es ja womöglich schon in der Verfassung stehen. Der Punkt ist nur der, in anderen Rechtsfragen hat man auch deutlich, um auf den besonderen Sachverhalt hinzuwirken, in der Verfassung bestimmte Rechte verankert, ich erinnere an der Stelle an die Kinderrechte. Wenn man das will und merkt, dass wir an der Stelle in eine Situation kommen, wo der Rechtsstaat sich ins Abseits bewegt,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Na, na, na!)

dann müssen wir deutlich stärker auf etwas hinweisen.

Ich habe nicht gesagt, dass er im Abseits ist, Frau Kollegin Borchardt, ich habe gesagt, dass er sich dahin bewegt.

(Michael Andrejewski, NPD: Da ist er schon.)

Ich möchte einfach, dass wir im Rahmen der Debatte darauf hinwirken, dass wir uns Gedanken darüber machen, ob wir Emotionen, ob wir gefühlte Lagen für uns als Rechtsstaat dahin drehen, dass wir letzten Endes die Gesetzeslage verändern.

An der Stelle bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag und freue mich auf eine interessante Debatte. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schnur.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat die Justizministerin Frau Kuder.

Ministerin Uta-Maria Kuder: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Herren, meine Dame von der FDP! Anlass Ihres Antrages ist der Ankauf der Daten-CD aus der Schweiz durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Sie haben es ja soeben gesagt.

Um es vorwegzunehmen, der CD-Kauf durch Nordrhein-Westfalen erfolgte im Einklang mit bundesdeutschem Recht.

(Michael Andrejewski, NPD: Mit
einer sehr eigenwilligen Auslegung.)

Es bedarf stets – und hierauf möchte ich besonders hinweisen – der rechtlichen Prüfung des Einzelfalles, ob derart angebotene Informationen durch die Verwaltung erworben werden können. Einen rechtswidrigen Informationserwerb darf und wird es nicht geben. Wenn ein Erwerb allerdings rechtlich einwandfrei zulässig ist, sprechen jedoch auch durchaus gute Gründe dafür, es zu tun.

Zunächst ist der Gleichheitsgrundsatz der Besteuerung zu erwähnen. Die Masse der Steuerpflichtigen versteuert ihre Kapitalerträge in Deutschland unter Inkaufnahme einer konstanten Kürzung entsprechend der Freibeträge ordnungsgemäß. Es gibt aber durchaus auch Steuerpflichtige, die ihr Kapital aus unterschiedlichen Beweggründen auf Konten ausländischer Kreditinstitute legen. Die Erfahrung zeigt, dass ein Großteil der steuerpflichtigen Erträge aus diesen ausländischen Konten nicht einer ordnungsgemäßen Besteuerung zugeführt werden.

Dieses Ungleichgewicht kann nicht einfach hingenommen werden. Ein weiterer Grund ist die sich aus der Abgabenordnung ergebende Aufgabe der Aufdeckung unbekannter Steuerfälle. Eine solche CD kann es der Finanzverwaltung ermöglichen, verborgene und sonst wohl auch künftig unentdeckt bleibende Steuerquellen zu erschließen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Im Übrigen hat die publizistische Aufbereitung einer derartigen Informationsgewinnung durch die Finanzverwaltung eine immense Selbstanzeigewelle ausgelöst. So sind infolge des CD-Kaufs in Nordrhein-Westfalen, dem lediglich circa 1.000 Personen zugrunde lagen, bundesweit circa 19.000 Selbstanzeigen eingegangen.

(Udo Pastörs, NPD: Das sagt aber
noch nichts über die Zulässigkeit.
Das sagt darüber nichts aus. –
Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Nach grober Schätzung sollen sich daraus Steuernachforderungen von circa 1 Milliarde Euro ergeben.

(Udo Pastörs, NPD: Was heißt das? –
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu dem vorliegenden Antrag noch einmal klarstellend Folgendes zusammenfassen:

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Das Gebot und die Regeln rechtsstaatlichen Handelns der staatlichen Behörden werden durch das Grundgesetz vorgegeben. Daran sind alle staatlichen Behörden gebunden.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist Auslegungssache.)

Konkretisiert werden diese Regeln durch die einschlägigen Gesetze und die dazu ergangene Rechtsprechung.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Bei jedwedem Verstoß dagegen steht den davon betroffenen Bürgern der Rechtsweg bis hin zum Bundesverfassungsgericht offen. Weitere Bestimmungen für den Einzelfall etwa mit dem in dem Antrag geforderten Inhalt sind deshalb nicht erforderlich.

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Sie könnten im Rahmen der Landesverfassung wegen des Vorrangs der bundesgesetzlichen Regelungen ohnehin nicht verbindlich getroffen werden.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Das ist zwecklos in der Landesverfassung.)

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch eine Anmerkung. Mit dem vorliegenden Antrag beziehen Sie sich aber nicht nur auf CD-Ankäufe, sondern es wird eine dezidierte Beschränkung des staatlichen Handlungsspielraumes unabhängig von den Umständen des Einzelfalles angestrebt. Dies, meine Damen und Herren, könnte zu unerträglichen, ja geradezu grotesken Ergebnissen führen,

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

wenn es etwa Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden prinzipiell verwehrt wäre, auf ihnen angebotene Erkenntnisse zuzugreifen, die Dritte vielleicht nicht rechtmäßig erlangt haben.

(Michael Andrejewski, NPD: „Vielleicht“ ist gut. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich denke hier an die Vorbereitung schwererer Straftaten oder sonstiger erheblicher Gefahrenlagen für die öffentliche Sicherheit, die dann eventuell nicht verhindert werden könnten. Beispielsweise könnte dann auch ein Lehrer, der seine Schüler sexuell missbraucht, nicht aus dem Schuldienst entfernt werden, wenn ihm sein bisheriges Treiben nur durch heimliche Film- oder Tonaufnahmen privater Dritter nachgewiesen werden kann, und das kann doch wohl nicht gewollt sein.

Meine Damen und Herren, bei dieser Sach- und Rechtslage sehe ich keine Veranlassung, dem vorliegenden Antrag der Fraktion der FDP zu folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dankert von der Fraktion der SPD.

Reinhard Dankert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Einlassungen von Herrn Schnur sind durchaus bemerkenswert. Hätten Sie die Problematik Steuer-CD weggelassen, wäre es eine sehr schwierige Diskussionslage geworden, aber selbst Sie sind ja in einem ausführlichen Teil Ihres Beitrages genau auf die Problematik eingegangen, weil sie eben auch sehr kompliziert ist, und mir ist es letztendlich nicht anders gegangen als jedem anderen, der diesen Antrag sehr allgemein gehalten gelesen hat, und sofort fiel Ihnen das Thema „Steuer-CD“ ein. Damit sind nicht die Regale in irgendwelchen Supermärkten gemeint, sondern eben genau diese mit den sehr brisanten Daten. Wenn man sich eine normale CD kauft, erleidet man möglicherweise keine Überraschung. Wenn diese CDs, sage ich mal …

(Udo Pastörs, NPD: Da sollten Sie mal von uns welche nehmen.)

Da erleidet man auch keine Überraschung bei Ihnen. Nein, nein, das ist schon ganz klar. Was von Ihnen kommt, wird auch auf diesen CDs drauf sein, keine Angst, das ist keine Überraschung für mich. Sie überraschen mich überhaupt nicht mehr.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie haben auch keine zu bieten.)

Das wissen Sie ja gar nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Dann zeigen Sie doch mal welche!)

Soll ich jetzt anfangen zu singen, oder was? Na ja, Sie ticken doch wohl nicht ganz richtig da hinten!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und FDP)

Gut, nicht durcheinanderbringen lassen!

(Michael Andrejewski, NPD: Mal ganz ruhig!)

Ja, ich nehme schon einen Ordnungsruf entgegen, keine Angst.

Das Image der FDP, das sie ja manchmal so als Steuerpartei auch ganz gerne benutzt, lässt natürlich diesen Eindruck ein bisschen kommen, Sie wollen jetzt die Steuersünder ein wenig schützen. Das haben Sie ja sicherlich bedacht, als Sie den Antrag gestellt haben, müssen also damit leben, dass es in der Öffentlichkeit solche Diskussionen gibt. Wir haben ja die Steuer-CDs, die aus der Schweiz stammen,

(Toralf Schnur, FDP: Und Luxemburg.)

durch das Bundesland Nordrhein-Westfalen und jüngst auch Niedersachsen gekauft, und das erfolgt im Einklang mit den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften. Anders wäre es ja auch nicht gegangen. Ein Informationserwerb und eine Verwertung dergleichen ohne einwandfreie positive Rechtsprüfung, wenn das dann auch im Einzelfall ist, wird und darf es nicht geben.

Insofern verwundert uns doch sehr, dass sich der Landtag mit Beschlussziffer 1 Ihres Antrages gegen die von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung vorgenommene rechtliche Würdigung stellen soll. Ich liebe auch die offene Diskussion in den Parteien, andere sehen das anders, aber es würde mich dann schon mal interessieren, was Frau Leutheusser-Schnarrenberger dazu sagt.

(Rudolf Borchert, SPD: Ja.)

Aber auch die Ziffer 2 Ihres Antrages würde nichts ändern, im Zweifelsfall gilt Bundesrecht, und weigert sich ein Land, Daten zu erwerben, tut es eben der Bund oder wie gesagt ein anderes Land. Baden-Württemberg hatte ja abgelehnt, die Daten zu kaufen.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Und ich denke, das war keine gefühlte Lage, auch in Baden-Württemberg wird man sicherlich im Einzelfall abgewogen haben, wie die dortigen Vorschriften das dann machen.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Es zeigt sich aber, dass zur effektiven Bekämpfung der Steuerkriminalität es unerlässlich ist, dass mit Informationen über mögliche Steuerhinterzieher künftig bundesweit einheitlich umgegangen wird.

Diese Aufgabe fällt in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung, früherer wie heutiger, das ist alles klar. Sie muss ihre Verantwortung für einen gleichmäßigen Steuervollzug in Deutschland wahrnehmen. Es darf daher kein Zweifel bestehen, dass weiterhin alles getan wird, um der Steuerhinterziehung das Handwerk zu legen und damit die Gleichmäßigkeit der Besteuerung und die Steuergerechtigkeit herzustellen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Gerichtlich zulässiger Erwerb, zum Beispiel so einer Steuer-CD oder inzwischen zwei, ermöglicht es, dem Ziel dieser Steuergerechtigkeit ein wesentliches Stück näher zu kommen.

(Rudolf Borchert, SPD: So ist es.)

Die Ministerin hatte es erwähnt, ich will es noch einmal wiederholen: Allein durch die öffentliche Debatte über den Ankauf der Steuer-CD, auf der wohl nur lediglich 1.000 Datensätze gewesen sein sollen, hat es bundesweit inzwischen 19.000 Selbstanzeigen gegeben.

(Udo Pastörs, NPD: Na und?)

Es ist klar, es darf kein rechtsfreier Raum für Kriminelle existieren. Wer den Kampf gegen Steuerhinterziehung verhindert, untergräbt die Fundamente der sozialen Marktwirtschaft. Gerade die steuerlichen Bürger mit niedrigen oder mittleren Einkommen sind die Geschädigten. Über diesen Aspekt müsste eigentlich auch der Bund der Steuerzahler dieses Verfahren gutheißen. Es macht keinen Sinn, Schuldenuhren aufzustellen, größtmögliche Transparenz und die gläsernen Abgeordneten zu fordern und dann den steuerlichen Einzelfall für tabu zu erklären

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und den Staat daran zu hindern, die Steuern korrekt festzusetzen oder zu erheben.

(Rudolf Borchert, SPD: Völlig richtig.)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich schwierig aufgrund Ihres sehr allgemein gehaltenen Antrages, und Sie schieben dann ja noch etwas nach.

(Toralf Schnur, FDP: Ja,
weil das ein Grundsatz ist.)

Ja, das weiß sicherlich der Informierte, aber ob das dann wirklich immer so gleich …

(Toralf Schnur, FDP: Aber wir gehen davon
aus, dass Sie informiert sind, Herr Dankert.)

Das geht dann immer so, dass in der Öffentlichkeit doch eher ein anderer Eindruck entsteht.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und wenn Sie dann im Zusammenhang mit Steuerhinterziehung die Behauptung aufstellen, aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte könne nicht hingenommen werden, dass es dem Ermessen von Regierung und Verwaltungsbehörden überlassen bleibe, ob die außer- und privatrechtlichen Handlungen zum Zwecke von staatlichen Vorteilen erfolgen dürfen, dann ist das schon ein sehr schwieriger Zusammenhang.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das ist klar.)

Ich hätte es besser gefunden, aber es ist Ihr Antrag, so einen Zusammenhang zumindest nicht passieren zu lassen. Statt die Menschenrechte zu bemühen,

(Udo Pastörs, NPD: Rechtsstaatlichkeit.)

sollte die FDP eine gesetzliche Klarstellung über die Verfolgung von Steuerhinterziehung in solchen Fällen fordern. Der Staat darf sich eben nicht von vermögenden Kriminellen auf der Nase herumtanzen lassen. Wer soll denn die stets geforderte gute Schulbildung unserer Kinder, die innere Sicherheit, den Umweltschutz, gut ausgebaute Straßen und so weiter gewährleisten, wenn nicht der Staat durch seine Steuereinnahmen?

(Udo Pastörs, NPD: Das ist doch
gar nicht Gegenstand des Antrages.)

Von der Steuerehrlichkeit aller Bürger hängt das Gelingen unserer Gesellschaft ab.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr sehr allgemeiner Antrag und die sofortige Assoziation mit dem Schlagwort „Schutzpatron der Steuerhinterzieher“ machen es relativ leicht, diesen Antrag abzulehnen, aber eines will ich zum Schluss noch sagen: Anträge kann man ablehnen, aber die rechtspolitische Diskussion, die Sie sicherlich anstoßen wollten, wird weitergehen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dankert.

Ihre Antwort auf den Zwischenruf der NPD-Fraktion weise ich als unparlamentarisch zurück.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Borchardt von der Fraktion DIE LINKE.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst habe ich hier den Eindruck, wir reden über einen anderen Antrag. Ich bin ja eigentlich gar nicht so, dass ich mich darauf einlasse, mich über Rechtschreibfehler in Anträgen auszulassen, aber an der Stelle will ich das dann doch mal sagen.

Der Antrag, der uns jetzt vorliegt, heißt: „Der Landtag bekennt sich ausdrücklich dazu, dass illegal gewonnene Informationen … verwendet werden dürfen.“ Das Komma wurde leider falsch gesetzt, so schwierig ist es manchmal mit der Rechtschreibung. Wie gesagt, ich lasse mich ansonsten nicht so gern darauf ein, aber an der Stelle will ich das dann noch einmal sagen.

(Toralf Schnur, FDP: Aber,
Frau Borchardt, wenn Sie es machen,
dann machen wir das auch mal.)

Herr Dankert, wir sollten noch einmal überlegen, ob wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Toralf Schnur, FDP: Ja, ja, das sind
die Superschlaumeier der LINKEN! –
Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nee, nee!)

Die Frage ist ja, durch wen diese Anträge, wenn nicht durch staatliche Behörden, dann überhaupt genutzt werden könnten.

(Toralf Schnur, FDP: Sie machen
die Kommasetzung auch mal falsch,
darauf können wir uns verlassen. Da
kommen auch noch mal solche Zeiten.)

Also durch wen dann sonst?

Gut, wir haben ja durch die Einbringungsrede verstanden, Herr Schnur, dass Sie genau das Gegenteil meinten. Natürlich haben wir uns das auch gedacht, deswegen haben sowohl die Ministerin als auch ich mich darauf vorbereitet.

(Toralf Schnur, FDP: Ich danke Ihnen ausdrücklich, Frau Borchardt. – Zuruf von Andreas Bluhm, DIE LINKE)

Aber ich weiß, wie manchmal die Debatten hier anlaufen, Herr Schnur, und ich kann Ihnen versichern, wenn uns das passiert wäre, hätten Sie uns das voll auf die Stulle geschmiert.

(Toralf Schnur, FDP: Niemals!)

Genau Sie hätten das gemacht! Genau Sie!

(Rudolf Borchert, SPD: Genau, genau.)

Deswegen das noch einmal. Danach soll der Landtag, wenn wir das jetzt richtig verstehen und das Komma anders gesetzt wird, so, wie die FDP das auch mit ihrem Antrag will, dann die Daten nicht mehr benutzen. Tatsächlich will die FDP natürlich, dass solche Daten benutzt werden können, insbesondere durch staatliche Behörden. Und da stellt sich für mich schon die Frage: Durch wen denn sonst und wofür? Das sollten Sie dann auch noch einmal beantworten.

(Toralf Schnur, FDP: Können wir ja mal eine Umfrage machen.)

Nachdem nun geklärt wurde, was die FDP mit ihrem Antrag bezweckt, wenden wir uns der inhaltlichen Auseinandersetzung zu. Um es gleich vorwegzunehmen, auf den ersten Blick ist mir die Grundaussage sehr sympathisch. Ich denke, das geht uns hier allen so. Auf den zweiten Blick sieht es etwas anders aus, denn im Antrag und leider auch in der Einbringungsrede findet man keine inhaltliche Untersetzung, was die Rechtswidrigkeit betrifft. Darüber hinaus geht dieser rechtspolitische Ansatz wohl offensichtlich nur in eine einzige Richtung, nämlich ausschließlich illegal erlangter Steuerhinterziehungsdaten.

(Hans Kreher, FDP: Sie haben doch gar nicht zugehört. Die Rede hatten Sie doch vorher schon fertig, Frau Borchardt.)

Damit bleibt offensichtlich die FDP ihrem Ruf treu,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

eine Klientelpartei für Millionäre und Besserverdienende zu sein.

(Toralf Schnur, FDP: Augen zu und durch.)

Nein, Herr Schnur, wenn Sie es nämlich ernst gemeint hätten, dann hätten Sie es nicht so lapidar nebenbei gesagt,

(Hans Kreher, FDP: Nee.)

sondern dann hätten Sie sich auch auf die Daten, die in anderen Rechtsstreitigkeiten durch Dritte übermittelt werden, bezogen. Darauf hat ja die Ministerin hingewiesen. Ich denke, das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Selbstverständlich möchte ich meine Behauptungen auch begründen.

Nun, wenn man den Antrag der FDP richtig liest, dann behauptet die FDP, ohne inhaltlich ihre Auffassung konkret zu untersetzen, dass die Nutzung illegal gewonnener Informationen durch den Staat rechtswidrig sei. Aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit könne dies nicht hingenommen werden. Rechtlich untersetzt wird diese Auffassung natürlich nicht. Ich hatte das schon angemerkt.

(Toralf Schnur, FDP: Das haben Sie schon das vierte Mal angemerkt.)

Dass mir grundsätzlich dieser Ansatz sympathisch ist und vor allem im Hinblick auf datenschutzrechtliche Bedenken, wenn dem Staat illegal beschaffte Daten angeboten werden, das will ich an der Stelle auch sagen, aber darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Dies ist auch nur die eine Seite der Medaille. Keineswegs ist es nämlich so, dass eine Nutzung illegal gewonnener Informationen rechtlich nicht möglich wäre.

(Michael Andrejewski, NPD: Ja, leider.)

Im Gegenteil, in der Rechtsprechung ist mir kein Fall bekannt, der die Auffassung der FDP stützt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Gegenteilige Rechtsauffassungen erwähnt die FDP nicht einmal. Kein Wort findet sie zu Stellungnahmen von namhaften Juristen, der Gewerkschaft der Polizei, der Steuergewerkschaft oder auch von Vertretern der Bundesregierung,

(Toralf Schnur, FDP: Oder der LINKEN.)

zahlreichen Landesregierungen und, und, und. Dazu schweigt die FDP, wohl wissend, dass sie sowohl im Bund als auch in einigen Ländern selbst am Kabinettstisch sitzen.

(Heinz Müller, SPD: Tja.)

Sie bemüht sich auch nicht einmal zumindest ansatzweise, die gegensätzlichen Positionen abzuwägen, so, wie es die Vertreter der FDP in anderen Parlamenten bereits getan und zumindest von der Regierung gefordert haben.

Auch das will ich an der Stelle sagen: Sie haben sich nicht einmal die Mühe gemacht, zu prüfen, ob denn das europäische Recht durchaus relevante Verbote gibt. Das, was Sie hier angeführt haben, ist das eine Urteil. Es gibt aber auch andere Urteile, die wirklich nachdenkenswert wären. Auf die sind Sie überhaupt nicht eingegangen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

denn der Europäische Gerichtshof hat schon mehrmals festgestellt, dass die missbräuchliche Verwendung von gesammelten Daten auch für die Mitgliedsstaaten verboten sei.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Daraus ließen sich eventuell mannigfaltige Bewertungsverbote ableiten,

(Toralf Schnur, FDP: So ist es.)

aber auch davon finden wir nichts, keine Ausführung in der Antragsbegründung dazu, dass der Staat täglich mit Straftätern zusammenarbeitet, auch gegen Zahlung von Geldleistungen.

(Michael Andrejewski, NPD: Der Vertrauensleute.)

Ich denke nur an den Ankauf von Heroin durch Drogenfahnder, um an die Hintermänner zu kommen, oder das Einschleusen verdeckter Ermittler in das kriminelle Milieu. Selbstverständlich nutzt dabei der Staat in diesen Fällen auch illegale Informationen, aber von diesen Fällen ist hier keine Rede.

Meine Damen und Herren, aber offensichtlich soll das alles auch nicht sein und braucht auch nicht infrage gestellt zu werden. Es geht der FDP eigentlich um die Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität wohl eher auch nicht. An dieser Stelle bin ich auch schon bei meinem zweiten Punkt. In dem Antrag und seiner Begründung geht es ausschließlich um die Nutzung illegaler Informationen. Offenkundig geht es der FDP aber vor allem um die sogenannten Steuer-CDs. Erwähnt wird dies jedoch mit keinem einzigen Wort. Die Gründe liegen auf der Hand. Die FDP will nicht wieder zu Recht als Klientelpartei dastehen und stellt sich als Retter des Rechtsstaates hin. Diesen Versuch kann ich nur als untauglich bezeichnen. Die FDP sollte endlich einsehen, dass alles getan werden müsste, millionenschweren Steuerflüchtlingen endlich Einhalt zu gebieten. Das sehen offensichtlich auch die Bundesländer so, in denen die FDP an der Regierung beteiligt ist.

Die Position der LINKEN ist klar. Bundesregierung und die Landesfinanzbehörden müssen alles Erforderliche einleiten, um massive Steuerhinterziehungen aufzuklären und die hinterzogenen Gelder zurückzuholen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Um mehr Betrügern habhaft zu werden, müssen letztendlich auch illegal erworbene Daten vom Staat gekauft werden können. Wir sagen aber auch, es muss künftig konsequenter gegen Steuerhinterzieher und -flüchtige vorgegangen werden. Dazu gehört verstärkte Fahndung genauso wie das Trockenlegen von Steueroasen. Von den bayrischen Verhältnissen, insbesondere unter Franz-Josef Strauß, will ich erst gar nicht sprechen. Es sind vor allem Politiker von Union und FDP,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

die sich in die Arbeit der Finanzminister einmischen. Im Paragrafen 88 Absatz 1 Abgabenordnung steht unter anderem: „Die Finanzbehörde ermittelt den Sachverhalt von Amts wegen. Sie bestimmt Art und Umfang der Ermittlungen“. In Paragraf 208 Absatz 1 Abgabenordnung ist unter anderem zu lesen: „Aufgabe der Steuerfahndung … ist … die Erforschung von Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten, … Aufdeckung und Ermittlung unbekannter Steuerfälle.“

Meine Damen und Herren, unternehmen wir also alles, damit Steuerdelikte aufgeklärt werden können. Lassen wir die Finanzämter ihre Arbeit tun. Der personelle Abbau muss endlich gestoppt werden. Die FDP sitzt in zahlreichen Landesregierungen. In den Ländern Bayern und Baden-Württemberg ist die Zahl von Selbstanzeigen nach Auftauchen der letzten Steuer-CD auffällig hoch.

Herr Roolf, rufen Sie doch einmal Ihre Kollegen dort an! Bestellen Sie einen schönen Gruß von den LINKEN

(Toralf Schnur, FDP: Mit Sicherheit nicht, Frau Borchardt.)

und ermutigen Sie Ihre Kollegen vor allem darin, endlich wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht einzuleiten! Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Borchardt.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Egbert Liskow, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Borchardt, natürlich ist im ersten Punkt vielleicht das Komma verkehrt gesetzt, aber in der Überschrift ist es, glaube ich, sehr deutlich, was die FDP möchte.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Die Überschrift beschließen wir aber nicht. Das ist nun mal so.)

Nein, aber ich sage mal, der Inhalt ist, glaube ich, klar, denn die FDP möchte – und Sie haben es ja auch schon gesagt und auch unsere Justizministerin hatte es ja rechtlich bewertet –, dass dieses Anliegen etwas breiter aufgestellt ist. Aber Herr Schnur hat ja in der Einbringung ganz speziell noch einmal auf die Steuer-CD abgestellt

(Toralf Schnur, FDP: Ich habe jetzt erwartet, dass das kommt von anderer Seite.)

und deswegen stehe ich heute hier auch und nicht unsere Juristen aus dem Arbeitskreis.

Ich möchte eigentlich nur so viel sagen, dass wir uns schon rechtzeitig als CDU dazu bekannt haben, die Steuerrechts-CD zu kaufen, das ist auch in Pressemitteilungen nachzulesen,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

aber immer nach einer rechtlichen Bewertung der entsprechenden Behörden, Bundesregierung, aber auch der Landesparlamente, und deswegen sind wir der Meinung, dass dieser Ankauf auch aus unserer Sicht rechtmäßig gewesen ist.

(Toralf Schnur, FDP: Unser Antrag.)

Mit allem anderen, was Sie hier aufführen, und dass wir die Daten, die illegal erworben werden, durch eine Veränderung in der Landesverfassung ändern wollen, können wir so nicht mitgehen. Deswegen werden wir diesen Antrag auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Liskow.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den ziemlich verklausulierten Antrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 5/3486 erlaube ich mir auf folgende juristisch griffige Formeln herunterzubrechen: Beweis, Verwertungsverbot für illegal beschaffte Daten-CDs. So deutlich wird die FDP in ihrer Begründung zwar nicht, doch ist trotzdem klar, dass dieser Antrag vor dem Hintergrund des vor wenigen Monaten diskutierten Ankaufs diverser illegal beschaffter Steuerdaten-CDs in mehreren Bundesländern zu sehen ist. Die Zielrichtung des FDP-Antrages ist aus rechtlicher Sicht eindeutig zu begrüßen, wenn auch die Bestra-

fung von Steuerhinterziehern zweifelsohne ein hehres Ziel darstellt, dass gerade ein Rechtsstaat bei der Verbrechensbekämpfung nicht selbst zum Verbrecher wird und sich solche Daten, die Private unter Verletzung geltenden Rechts illegal erlangt haben, im Wege der Hehlerei verschafft, um sich anschließend im Strafverfahren als Beweismittel dieser Daten zu bedienen. Der Zweck heiligt eben nicht immer die Mittel.

In diesem Punkt trete ich der Auffassung der FDP bei. Es fragt sich aber, ob im Hinblick auf die bereits bestehende Rechtslage überhaupt Handlungsbedarf besteht, um die seitens der FDP-Fraktion geforderte Nutzungsuntersagung für illegal beschaffte Daten in die Praxis umzusetzen. So ist man sich in der rechtswissenschaftlichen Diskussion mittlerweile weitestgehend darüber einig, dass der von mehreren Bundesländern unlängst ernsthaft erwogene und vom Land Nordrhein-Westfalen tatsächlich ins Werk gesetzte Ankauf der von einem Unbekannten, vermutlich Bankangestellten, offerierten Steuerdaten-CD nicht nur einfach rechtswidrig, sondern sogar seinerseits strafbar war.

Selbst wer eine vom Staat durch das Ankaufgeschäft begangene vollendete Hehlerei an der fehlenden Sacheigenschaft der Steuerdaten scheitern lässt, muss jedenfalls eine Begünstigung nach Paragraf 257 Strafgesetzbuch sowie ein strafbares Verleiten zum Verrat von Geschäftsgeheimnissen nach Paragraf 17, 19 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb bejahen. Sowohl die Beschaffung als auch die Nutzung derart illegal gewonnener Daten durch den Staat sind also schon de lege lata verboten, weil bereits der Ankauf der Daten eine Straftat darstellt und zu einem Beweismittelverwertungsverbot führt, Frau Justizministerin. Lesen Sie das mal nach!

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

In der Folge könnte der seitens der FDP-Fraktion vorgeschlagenen Gesetzesänderung also allenfalls deklaratorischer Charakter zukommen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ich denke,
wir brauchen keine. Es ist alles geregelt.)

Dennoch wäre eine entsprechende Klarstellung im Gesetzestext zu begrüßen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Alles interpretierbar.)

weil sie sowohl aufseiten der staatlichen Strafverfolgungsorgane als auch aufseiten der Bürger zu einem Mehr an Rechtssicherheit führen würde.

Doch selbst bei der Einführung einer solch rein deklaratorischen Klarstellung in den Gesetzestext müsste man sich zunächst die Frage stellen, ob das Land Mecklenburg-Vorpommern hierfür überhaupt die erforderliche Gesetzgebungskompetenz besitzt, denn in der Sache geht es der FDP mit ihrem Antrag primär um die Normierung strafprozessualer Beweisverwertungsverbote,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist normiert.)

die man zu fördern in die Strafprozessordnung hineinschreiben müsste, Frau Borchardt.

Dies kann vom Land Mecklenburg-Vorpommern aber nicht geleistet werden, weil der Bund für das gerichtliche Verfahren gemäß Artikel 74 Nummer 1 Grundgesetz die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz besitzt und von dieser in abschließender Weise Gebrauch gemacht hat. Eine Änderung der Landesverfassung scheint angesichts dessen der falsche Weg zu sein, zumal derart spezielle Regelungen generell nicht in die Verfassung, sondern ins einfache Gesetzesrecht gehören.

Stattdessen sollte die Landesregierung zur Einleitung einer entsprechenden Bundesratsinitiative mit dem Ziel einer Änderung der Strafprozessordnung aufgefordert werden. Das wäre der richtige Weg unserer Auffassung nach. Dies ist aus sachlichen Gründen geboten und hat mit der Landesverfassung nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun. Was wollen Sie denn sonst noch alles reinschreiben, Herr Roolf?

Sollte die FDP-Fraktion hier Einsicht zeigen, werden wir einem solchen Antrag zustimmen. Das hier vorgelegte Papier ist jedoch, wie ich versuchte aufzuzeigen, in der Substanz sehr mangelhaft und wird daher von uns konsequenterweise auch abgelehnt werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ei, ei, ei, jetzt geht’s los!)

Michael Roolf, FDP: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Frau Kollegin Borchardt, zuerst möchte ich mich für unseren Kommafehler entschuldigen

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Bitte, bitte!)

und ich weiß nicht, inwieweit ich das jetzt hier mündlich machen kann, dass wir das Komma bitte so versetzen, wie sich das gehört. Diesen mündlichen Antrag möchte ich dann jetzt hier stellen.

(Zurufe von Norbert Baunach, SPD,
und Reinhard Dankert, SPD)

Unser Antrag besteht aus zwei Bereichen, einer Entschließung und einem Prüfauftrag. Den Prüfauftrag in Richtung Landesverfassung hat die Ministerin hier abgearbeitet, das nehme ich zur Kenntnis, dass sie das so würdigt. Und wenn wir eine Änderung gleich wollten, dann hätten wir das auch geschrieben. Wir haben gesagt, sie möge prüfen, ob eine Änderung der Landesverfassung der richtige und der mögliche Weg ist.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist ja Nonsens.
Das ist doch kein Verfassungsweg. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Die Justizministerin hat sich dazu geäußert, also haben wir Punkt 2 inhaltlich abgearbeitet.

Wir gehen zu Punkt 1, eine politische Entschließung, dass wir hier als freie Abgeordnete im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern illegal gewonnene Informationen nicht für den Staat zur Verfügung stellen wollen, damit er sie nutzt. Das ist eine Willensbekundung und es geht nicht um die Steuer-CD.

(Jörg Heydorn, SPD: Da geht’s überhaupt
nicht drum. Das ist völlig belanglos.)

Es geht um illegal gewonnene Informationen. Und es ist genauso eine illegal erworbene Information, wenn man versucht, Hartz-IV-Empfänger zu kontrollieren, ob eine,

zwei oder drei Zahnbürsten bei denen im Bad stehen, ob eine, zwei oder drei Personen im Haushalt sind oder ob irgendein anderer, der eine Leistung empfängt, über illegal gewonnene Informationen dazu geführt werden soll, dass man diese Leistungen, diese Rahmenbedingungen, die man hat, den Betroffenen wieder wegnimmt. Es ist eine illegal erworbene Information.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Da reden Sie mal mit Westerwelle!)

Und, Frau Justizministerin, Sie sprechen vom Prüfen des Einzelfalls. Sie sagen, Sie prüfen den Einzelfall und nach dem Einzelfall entscheiden Sie, ob Sie die illegal erworbenen Informationen verwenden dürfen oder nicht.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist
grundsätzlich so im Strafrecht.)

Ich bin kein Jurist, ich habe da womöglich auch keine Ahnung,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das ist ja das Problem.)

aber mich würde einfach mal interessieren: Wie machen Sie denn das eigentlich? Ich gebe Ihnen jetzt eine CD, da steht drauf, dass – jetzt nehme ich mal beispielsweise Herrn Schnur – Herr Schnur irgendetwas Böses gemacht hat. Die gebe ich Ihnen hin und sage: Prüfen Sie doch mal, ob das unrechtmäßig erworbene Informationen sind! In dem Augenblick schauen Sie sich das an. Und wie prüfen Sie? Wo sind Ihre Standards, zu prüfen und zu sagen, das, was der böse Schnur gemacht hat, ist so böse und so illegal, dass er das nicht machen darf? Wie prüfen Sie das? Das wäre für mich eine sehr spannende Frage.

Genau da ist nämlich unser Punkt. Es geht darum, da wir die Prüfung des Einzelfalls für mich nicht erkennbar vernünftig gestalten, dass wir generell sagen, illegal erworbene, illegal gewonnene Informationen sollte der Staat nicht verwenden. Das ist eine grundsätzliche persönliche Einstellung, die jeder haben kann oder auch nicht haben kann.

(Die Abgeordnete Barbara Borchardt
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich rede erst zu Ende, weil meine Redezeit immer begrenzt ist, dann antworte ich gerne noch.

Weil es um diese Grundsätzlichkeit geht, wir zu Punkt 2 eine Information bekommen haben, beantrage ich namens meiner Fraktion Einzelabstimmung über den Punkt 1 und den Punkt 2. Es steht im Punkt 1 – für die, die es auch ablehnen wollen – weder das Wort „CD“ noch das Wort „Daten“, sondern es stehen die Worte „illegal gewonnene Informationen“, und ich beantrage nicht nur die Einzelabstimmung über den Punkt, sondern auch die namentliche Einzelabstimmung, damit die Bürgerinnen und Bürger im Land draußen erkennen, ob der Abgeordnete dieses Rechtsverständnis hat oder nicht.

Frau Kollegin Borchardt!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Nein, nein, Herr Roolf, erst mal ich.

Michael Roolf, FDP: Sorry!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Bitte schön, Frau Abgeordnete Borchardt, stellen Sie Ihre Frage.

Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Roolf, Sie haben ja Ihre Bauchschmerzen auch sozusagen ein Stückchen weit rechtspolitisch zum Ausdruck gebracht. Wäre es da nicht besser gewesen, wenn von Ihnen das Thema so ernst genommen wird, wenn wir uns im Rahmen der Selbstbefassung im Rechtsausschuss diesem Thema angenähert und mal geprüft hätten, auch gemeinsam vielleicht über eine Anhörung, um uns diesem Thema zu nähern und dann noch einmal festzustellen, ob es rechtlich unmöglich ist, über diese Daten zu verfügen?

Michael Roolf, FDP: Frau Kollegin Borchardt, ein guter Hinweis, das kann man machen, sollte man machen. Wenn das vielleicht hilft, hätten wir anbieten können, diesen Antrag zu überweisen. Ich denke mal, dass es wenig Gegenliebe gibt, diesen Antrag zu überweisen. Wenn er heute dann abgelehnt wird, wird unser Fachpolitiker mit Sicherheit in den Rechtsausschuss damit kommen, um genau diese Diskussion dort anzuregen, nach der Sie mich eben gefragt haben. Keine Frage, das können wir gern machen. – Vielen Dank.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Roolf.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486 zur Beratung an den Europa- und Rechtsausschuss zu überweisen. In diesem Zusammenhang nehmen wir den mündlich vorgetragenen Änderungsantrag zur Umsetzung des Kommas an die richtige Stelle sozusagen mit in diese Beschlussfassung hinein.

(Michael Roolf, FDP: Danke schön.)

Wer stimmt für den Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Danke schön. Damit ist der Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486. Die Fraktion der FDP hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung zu Ziffer 1 des vorliegenden Antrages auf Drucksache 5/3486 beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen jetzt mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, von Ihrem Platz aus mit Ja, Nein oder Enthaltung Ihre Stimme abzugeben. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Torsten Koplin und
Dr. Norbert Nieszery werden nachträglich
zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Der Abgeordnete Dr. Till Backhaus wird
nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die anwesend sind und ihre Stimme noch nicht abgegeben haben? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung zur Feststellung des Ergebnisses für zwei Minuten.

Unterbrechung: 11.19 Uhr

Wiederbeginn: 11.20 Uhr

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Abstimmung zu Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486 bekannt. An der Abstimmung haben sich 58 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 13 Abgeordnete, mit Nein stimmten 45 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter. Damit ist die Ziffer 1 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486 abgelehnt.

Kann ich davon ausgehen, dass für die Ziffer 2 keine namentliche Abstimmung beantragt war? (Zustimmung)

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486. Wer der Ziffer 2 des Antrages zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktion der FDP, ansonsten Ablehnung durch die Fraktion der SPD, der CDU, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der NPD die Ziffer 2 des Antrages der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3486 abgelehnt.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen, gebe ich nun das Ergebnis der Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung bekannt.

Insgesamt wurden 67 Stimmen abgegeben. Davon waren 67 Stimmen gültig. Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der SPD auf Drucksache 5/3532 entfielen 23 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Fraktion der CDU auf Drucksache 5/3537 entfielen 20 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3542 entfielen 11 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3528(neu) entfielen 7 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3541 entfielen 6 Stimmen.

Damit sind als Mitglieder der Bundesversammlung gewählt aus der Vorschlagsliste der Fraktion der SPD auf Drucksache 5/3532 die unter Ziffer 1 bis 5 aufgeführten Kandidaten, aus der Vorschlagsliste der Fraktion der CDU auf Drucksache 5/3537 die unter Ziffer 1 bis 4 aufgeführten Kandidaten, aus der Vorschlagsliste der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3542 die unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Kandidaten, aus der Vorschlagsliste der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/3528(neu) der unter Ziffer 1 aufgeführte Kandidat sowie aus der Vorschlagsliste der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3541 der unter Ziffer 1 aufgeführte Kandidat.

Der Deutsche Bundestag hat darüber hinaus mitgeteilt, dass – wie bei früheren Bundesversammlungen üblich – vorsorglich für jede in den Ländern erfolgreiche Vorschlagsliste Ersatzmitglieder eingeladen werden. Dies geschieht für den Fall, dass die Feststellung nach Paragraf 4 Absatz 5 Satz 3 des Gesetzes über die Wahl des Bundespräsidenten, wer für ein ausgeschiedenes Mitglied Listennachfolger ist, nicht mehr rechtzeitig vor der Anreise getroffen werden könnte. Aufgrund der vom Deutschen Bundestag mitgeteilten Tabelle ergibt sich, dass für jede Liste aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern ein Ersatzmitglied vorgesehen wird.

Meine Damen und Herren, soweit sich diejenigen, die soeben zum Mitglied der Bundesversammlung gewählt worden sind, hier im Saal befinden, bitte ich Sie, sich in der Lobby beim Ordnungsdienst zu melden. Ihnen werden dort die Unterlagen für die Bundesversammlung ausgehändigt. Ich bitte Sie, die in den Umschlägen enthaltenen Erklärungen nach Möglichkeit heute noch auszufüllen und dem Ordnungsdienst am Eingang des Plenarsaals zu übergeben oder im Direktorbüro abzugeben.

Ich darf allen Gewählten die Glückwünsche des Hauses übermitteln.

Ich rufe nun auf den **Tagesordnungspunkt 39**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD, Landesprogramm für „Demokratie und Toleranz“ ersatzlos streichen, auf der Drucksache 5/3478.

Antrag der Fraktion der NPD:
Landesprogramm für „Demokratie und Toleranz“ ersatzlos streichen
– Drucksache 5/3478 –

Das Wort zur Begründung für den Antrag hat der Abgeordnete Herr Lüssow von der Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das vom Landtag im April 2006 beschlossene Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“, also Ihr Feigenblatt zur Unterdrückung, Kriminalisierung und Einschüchterung einer politischen Opposition,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Heinz Müller, SPD: He!)

dokumentiert eine Verlogenheit, die nur noch durch Ihr politisches Handeln hier im Land übertroffen wird. Es ist hierbei Ihre übliche Masche, positiv besetzte Begriffe mit gänzlich anderen Inhalten zu füllen.

(Michael Andrejewski, NPD: Scientology macht das auch so.)

Wenn in Ihrem Wertesystem von Demokratie, Toleranz oder auch von Chancengleichheit oder gar von Gerechtigkeit oder Ehrlichkeit gesprochen wird, ist automatisch immer höchste Vorsicht geboten.

Wenn jemand von Ihnen solche Begrifflichkeiten verwendet, dann stutzt hierzulande nicht nur der politische Gegner, selbst Otto Normalverbraucher vermutet meist zu Recht sofort eine arglistige Täuschung. Mit dieser Methode sollen Sachverhalte umgedeutet werden, sollen Tatsachen verbogen und oft genug sollen damit Sauereien verkauft werden. Genau eine solche Sauerei ist Ihr Landesprogramm für Demokratie und Toleranz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie eben „Sauerei“ gesagt?)

Hat er gesagt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat er gesagt? Das steht da auf dem Zettel, „Sauerei“, ne?!)

Was hier unter dem Deckmäntelchen der Demokratie daherkommt, ist bei Lichte betrachtet ein Maßnahmenkatalog zur einseitigen Aushebelung demokratischer Grundrechte. In völliger Selbstüberschätzung meinen Sie, Sie hätten die Demokratie im Lande dauerhaft gepachtet. Sie glauben, Ihr Politikansatz außerhalb Ihres Parteienkartells sei ein Angriff auf die Demokratie.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wenn man gewalttätig ist, dann ja.)

Hierbei unterliegen Sie allerdings dem Irrtum, Ihre Parteien und die Demokratie gleichzusetzen. Demokratie ist problemlos auch dann in diesem Land denkbar, wenn Ihre politischen Formationen schon längst auf dem Müllhaufen der Geschichte gelandet sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wird er aber nicht. Ihrer ist darauf gelandet.)

In Ihrem Landesprogramm predigen Sie demokratisches Verhalten, bürgerschaftliches Engagement, Toleranz und Weltoffenheit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Dabei setzen Sie auf eine Doppelstrategie, die Integration und Prävention stärkt und die Intervention und Repression wirksam organisiert. In der Politik versteht man unter Repression gemeinhin schlicht und einfach die Unterdrückung oder Verfolgung von Gruppen oder Einzelpersonen aufgrund politischer Beweggründe.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Betrachten Sie sich als politisch Verfolgter?)

Und genau das ist es, was Sie umsetzen. Während Sie vorgeben, die Demokratie vor wem auch immer schützen zu müssen, geht es Ihnen um puren Machterhalt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Lächerlich, oder?!)

Dabei ist Ihnen kein Vorwurf zu dumm, keine Verhaltensweise zu schäbig und kein an den Haaren herbeigezogenes Beispiel zu billig, um eine echte Opposition im Land auszuschalten. Was Sie derweil …

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sind doch keine echte Opposition. Sie sind Gewalttäter!)

Ich? Ja, ist klar. Guten Morgen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, genau.)

Genau.

Was Sie der Welt als Gemeinschaft der Demokraten verkaufen wollen, ist vom Wahrheitsgehalt nicht besser, als wenn sich die Mafia eine ehrenwerte Gesellschaft nennt.

(Stefan Köster, NPD: Sehr richtig.)

Was Sie gerne Demokratie nennen, ist längst nur als eine Art Diktatur der Gesinnung verkommen. Bei der letzten Unterrichtung zum Landesprogramm „Demokratie und Toleranz“ im März hier im Landtag nahm für die Landesregierung Frau Ministerin Schwesig Stellung. Zitat: „All das vor Augen, möchte ich auch an dieser Stelle noch einmal betonen, ... dass die ganze Landesregierung den Innenminister bei seinen Bemühungen unterstützt, ein Verbotsverfahren gegen die NPD durchzuführen.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. Da stehen wir heute noch zu. Da können Sie sicher sein.)

„Meine sehr geehrten Damen und Herren, ... Demokratie lässt sich nicht verordnen, Demokratie müssen wir leben.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da können Sie sicher sein, das wird uns auch irgendwann gelingen, Herr Lüssow.)

„Die Landesregierung setzt deshalb auf demokratisches Verhalten, sie setzt auf bürgerschaftliches Engagement, ... sie setzt auf die Förderung von Toleranz und Weltoffenheit.“ Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau. – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Vielleicht sollte ich Ihnen diese Textpassage mindestens dreimal vorlesen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie es doch mal! Dann geht die Rede schneller um.)

damit wenigstens einige unter Ihnen den Gegensatz verstehen. Diese Aussage der Landesregierung nennt man anderorts das Pekingmodell. Auch in China bemüht man Begriffe wie Meinungsfreiheit, Pressefreiheit und Demokratie, um im gleichen Atemzug auf Dissidenten einzuprügeln und alles unter Hausarrest zu stellen, was der offiziellen Meinung nicht genehm ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie dürfen doch Ihre Meinung sagen. Sie müssen nur aufpassen, dass diese nicht mit dem Grundgesetz kollidiert.)

Auch in der Sprachwahl sind Sie ja zwischenzeitlich nicht zimperlich, beispielsweise dann, wenn der Innenminister im Vorfeld des Verfassungsschutzberichtes 2009

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

im Zusammenhang mit der NPD davon spricht – Zitat –, man dürfe in „Entschlossenheit bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Umtriebe nicht nachlassen“. Zitatende.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig. Jawoll!)

Man stelle sich einmal vor, die NPD hätte davon gesprochen, in der Entschlossenheit bei der Bekämpfung scheindemokratischer Umtriebe nicht nachzulassen und hätte damit auch noch den politischen Gegner hier im Landtag gemeint.

(Michael Andrejewski, NPD: Oh!)

Im gleichen Verfassungsschutzbericht findet sich auch eine Aufzählung dessen, was das Bundesverfassungsgericht als Merkmale zu den obersten Werteprinzipien unserer Demokratie bestimmt hat: Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, Volkssouveränität, Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hauptsache, Sie verstehen das alles, was Sie da vorlesen.)

Mehrparteienprinzip und – hören Sie gut zu! – Chancengleichheit für alle politischen Parteien, Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Somit steht die Frage im Raum, inwieweit Sie und Ihre Parteien nicht Gegenstand eines Programms zur Demokratieerziehung sein sollten.

(Udo Pastörs, NPD: Schon längst.)

Vielleicht können wir ja beizeiten ein entsprechendes Programm auflegen, dafür werden Sie dann sicherlich vollstes Verständnis haben. Über die Unsummen, die nicht nur im Rahmen des Programms „Demokratie und Toleranz“ verpulvert werden, haben wir hier im Landtag wiederholt Stellung bezogen, …

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr sinnvoll eingesetztes Geld ist das, Herr Lüssow.)

Hat auch sehr, sehr viel gebracht, ja, genau.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr sinnvoll, besonders, gegen Ihren Wahlkreismitarbeiter vorzugehen. Sehr sinnvoll.)

… ebenso …

Dazu komme ich nachher noch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, machen Sie mal! Da bin ich sehr gespannt.)

… ebenso zu den obskuren Vereinen, Verbänden und Projekten, die mit Steuergeldern im Kampf gegen Rechts aufgepäppelt werden, ganz zu schweigen von den Vollzeitkräften, Teilzeitkräften und per Aufwandsentschädigung besoldeten Ehrenamtlichen, die Sie in Ihrem Kampf gegen politische Windmühlen in Stellung gebracht haben. Ihr Kampf gegen Rechts wurde in der Zwischenzeit zu einer ganz eigenen Art von Unterhaltungsindustrie, die neben ideologischer Vollbeschäftigung auch etwas Grusel und etwas Krimi zu bieten hat, eine Unterhaltung, die allerdings auch wie üblich stark von der Inszenierung lebt. Wer etwas zum Gruseln möchte, erhält via Medien die Archivbilder von Springerstiefeln. Wer Krimis möchte, dem wird auf Bestellung das Büro entglast.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auf Bestellung, oder was hat er da eben gesagt? Auf Bestellung?)

Um sich bei dieser Unterhaltung immer wieder selbst in Szene zu setzen, darf man Ihnen getrost so ziemlich alles zutrauen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha!)

damit Ihnen ja nicht Ihr Feindbild abhanden kommt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja!)

Bei dem Aufwand und der Energie, die Sie allein zur Bekämpfung einer missliebigen politischen Opposition aufwenden, fragt man sich: Welch schlechtes Gewissen treibt Sie in Wirklichkeit um? Würden Sie nur eines der dringenden Probleme – und davon gibt es hierzulande ja wahrlich genug – derart beherzt in Angriff nehmen, wären wir in Mecklenburg-Vorpommern schon viele Schritte weiter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Den größten Schritt würden wir machen, wenn Sie nicht mehr hier wären, Herr Lüssow. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und man sollte sich den von Ihnen veranstalteten Popanz noch einmal vor Augen halten: Arbeitsgruppe „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“, Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“, Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“, Bundesprogramm „Kompetenz für Demokratie und Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“,

(Michael Andrejewski, NPD: Saufen gegen Rechts nicht zu vergessen. – Stefan Köster, NPD: Jawoll! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Xenos „Integration und Vielfalt“, Xenos „Ausstieg und Einstieg“,

(Udo Pastörs, NPD: Luft anhalten gegen Rechts, bis sie umfallen.)

Projektförderung „Regionalzentren für demokratische Kultur“ und so weiter und so weiter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, alles gute Maßnahmen.)

Hinzu kommen inzwischen Hunderte Projekte und Veranstaltungen durch die bereits erwähnten Vereine, Verbände und Gruppierungen. Jedes Ministerium in Mecklenburg-Vorpommern darf hierbei seinen ureigensten Beitrag leisten.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Es gibt nicht einen anderen Themenkomplex, dem sich die Landesregierung unter Einbeziehung aller Ministerien derart widmet, wie dem unsäglichen Schattenboxen gegen Rechts oder das, was Sie dafür halten.

Und all Ihre Bemühungen erinnern in erschreckender Weise an Maßnahmen, in denen ein deutscher Reichskanzler gegen die Opposition zu Felde zog: Parteienverbot,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Lüssow, Sie übertreiben ein bisschen.)

Vereinsverbote, Verbote von Versammlungen, die Verhinderung von Kandidaturen, die Beschlagnahmung von Druckschriften oder deren Verbot, Berufsverbote,

(Sylvia Bretschneider, SPD: Reden Sie über die NS-Zeit, oder über wen?! – Udo Pastörs, NPD: Dann müssen Sie mal richtig hinhören! – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

soziale Ausbürgerung, Entrechtung am Arbeitsplatz, Entzug finanzieller Mittel, gesellschaftliche Ächtung, Einkerkerung und vieles andere

(Udo Pastörs, NPD: Sie hat einen Posten, das reicht ihr.)

sind schließlich keine Erfindungen der heutigen Zeit.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nennen Sie mal ein paar Beispiele dafür. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Umso erstaunlicher mutet es an, wenn diese Praktiken 140 Jahre nach den Sozialistengesetzen Bismarcks immer noch Anwendung finden, um eine politische Opposition mundtot zu machen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das machen wir doch gar nicht. Sie reden doch hier gerade. Sie haben sogar ein Rederecht im Parlament, Herr Lüssow, obwohl das schwer erträglich ist.)

und ausgerechnet von jenen angewandt werden, die sich selber als Demokraten bezeichnen und nicht müde werden, vom freiheitlichsten Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab, zu reden.

Ihr Landesprogramm der Gesinnungsüberprüfung und Intoleranz gehört eingestampft. Die entsprechenden Finanzmittel können eingespart oder in den Bereich Bildung umgeleitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die wurde Ihnen aber gut aufgeschrieben, die Rede.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Dr. Jäger. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Die NPD beantragt, das „Landesprogramm für ‚Demokratie und Toleranz'", so hat sie es formuliert, „ersatzlos zu streichen". In einer eher schlampig dahingeschmierten Begründung behauptet sie eine einseitige Ausrichtung des Programms. Und Sie beklagen, meine Herren, dass ….

(Udo Pastörs, NPD: Das sagen nicht nur wir, das sagt die CDU in Berlin auch. Die will das ändern, Herr Dr. Jäger. Das wissen Sie. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wenn es Sie stört, dann gehen Sie ein bisschen raus, wenn ich rede! Es ist immer schwer, wenn Sie nicht zuhören können, aber das zeichnet Sie aus.

(Stefan Köster, NPD: Ja, ja!)

Sie beklagen …

(Udo Pastörs, NPD: Wenn ich auf irgendwas hinweise, was Ihnen nicht passt, dann fangen Sie an mit diesen alten Tüten.)

Nun seien Sie mal ein bisschen ruhig, ich rede jetzt!

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, Sie haben als Fraktion noch Redezeit. Sie haben hier nicht permanent den Redner an seiner Ausführung des Rederechts zu hindern.

Bitte schön, Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich weiß ja, dass es peinlich ist, wenn man einen Antrag noch nicht einmal anständig begründen kann.

(Stefan Köster, NPD: Ach, Sie sind doch peinlich!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Köster, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für diese persönliche Beleidigung eines Abgeordneten. Das ist in jedem anderen Fall auch so.

(Stefan Köster, NPD: Das war eine Wertung und keine Beleidigung.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Sie behaupten,

(Stefan Köster, NPD: Die Bewertung war richtig.)

dass sich das Programm gegen eine zugelassene – wie Sie es so schön formulieren – und zudem im Landtag vertretene Partei richtet.

(Stefan Köster, NPD: Wir machen Ihnen doch Freude.)

Beide Aussagen sind offenkundig Unsinn. Das macht deutlich, dass Sie einerseits das Programm nicht gelesen haben

(Udo Pastörs, NPD: Das kennen wir. Dass Parteien sich ohne Zulassung konstituieren können, das wissen wir.)

und andererseits offenbar die Regelung unseres Grundgesetzes zu Parteien nicht verstehen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Richtig heißt es im Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken"

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

und das haben wir, die anderen vier Fraktionen, gemeinsam so gewollt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und, meine Damen und Herren, dieses Programm ist inzwischen zu einem festen Eckpfeiler der politischen Bildung in unserem Land geworden und es hat sich bewährt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Durch die Schaffung von fünf Regionalzentren für demokratische Kultur als landesweites Beratungsnetzwerk sind wir durchaus gut aufgestellt.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist zum Lachen. Ich habe die Vision.)

Wir haben bereits in der letzten Legislatur, als die FDP noch nicht im Landtag war, dieses Programm begonnen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Die FDP hat sich hier sofort mit in die Reihe der Demokraten eingefügt.

(Stefan Köster, NPD: Die machen alles für die Posten, wenn es Posten zu vergeben gibt. – Udo Pastörs, NPD: Das machen Sie doch auch, Herr Dr. Jäger. Wo was abzufischen ist, da ist Ihr Name zu lesen. – Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Michael Roolf, FDP: Oh nee!)

Der Schwerpunkt des Landesprogramms …

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Pastörs, ich mache Sie jetzt noch einmal darauf aufmerksam, dass Sie entsprechend der Ordnung dieses Hauses sozusagen dafür auch verantwortlich sind,

(Udo Pastörs, NPD: Aber das ist doch so. So ist es ja.)

dass hier die parlamentarische Ordnung eingehalten wird. Und solange Sie permanent mit Ihren Zwischenrufen dazu führen, dass der Redner seinen Vortrag hier nicht halten kann, werde ich Ihnen beim nächsten Mal entsprechende Ordnungsmaßnahmen ankündigen.

Dr. Armin Jäger, CDU: Ich werde auf Ihre Anwürfe nicht mehr antworten, Herr Pastörs. Das ist nicht mein …

(Udo Pastörs, NPD: Warum nicht?)

Ganz einfach, weil Sie auf einer Ebene sind,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Er ist es nicht wert. Er ist es nicht wert.)

die ich nicht mehr erreichen kann, so tief stehen Sie.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Udo Pastörs, NPD: Ach so! Ach so!)

Meine Damen und Herren, die Konkretisierung

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht haben Sie auch nur die Bodenhaftung verloren. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

des Handlungsrahmens „Demokratie und Toleranz" hat den Grundstein für dieses Programm gelegt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

Wir haben ihn gemeinsam so verankert. Und dabei ist klar festgehalten – und das sage ich hier ganz deutlich –, dass es eine aktive Auseinandersetzung mit allen extremistischen Ideologien gibt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Aber der Schwerpunkt des Landesprogramms ist aus sehr guten Gründen in die Richtung begründet worden, dass wir uns mit der rechtsextremistischen Ideologie auseinandersetzen,

(Stefan Köster, NPD: Ja, dann machen Sie das doch mal!)

weil die Vertreter dieser Ideologie in diesem Land eine besondere Herausforderung sind, ich will sagen, auch eine besondere Belastung für die Demokratie.

(Udo Pastörs, NPD: Sagen Sie mal, sie sollen uns mal einladen! Dann können wir das mal mündlich besprechen.)

Und wenn wir einen Blick auf Ihre Reihe an der Fensterfront richten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dann stellt man schnell fest, wer sich da eigentlich versammelt hat.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Die Sonne scheint noch nicht.)

Da gibt es Mitgliedschaften in rechtsextremen Kameradschaften, in Bündnissen und Kulturkreisen,

(Stefan Köster, NPD: Wie böse! Wie böse!)

da gibt es tätliche Angriffe auf Demonstranten, Vorstrafen wegen Volksverhetzung,

(Udo Pastörs, NPD: Die gibt es bei Ihnen auch.)

Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole,

(Udo Pastörs, NPD: Die gibt es bei Ihnen auch.)

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und Körperverletzung.

(Udo Pastörs, NPD: Haben Sie alles auch auf Ihrer Seite.)

Das ist Ihr Weg bis ins Parlament und den gehen Sie weiter.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, es hätte nicht des Beweises bedurft, was hier ein Mitglied dieser Fraktion vorgetragen hat, um das zu belegen,

(Udo Pastörs, NPD: Aha?! Das sagt ein Jurist.)

was ich sage: In jeder Landtagssitzung erleben wir eine Polemik,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Was ist mit dem verlorenen Computer bei Bordellbesuchen?)

die unterhalb der Gürtellinie ist,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das war auch unterhalb der Gürtellinie. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

die hart am Rande der gesetzlichen Bestimmungen ist.

Und, meine Damen und Herren, wer sich eigentlich so darstellt, wie Sie das tun,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

meine Damen und Herren, der muss sich nicht wundern,

(Stefan Köster, NPD: Holen Sie sich doch ein Taschentuch! Heulen Sie doch!)

dass wir Sie nicht ernst nehmen können.

(Udo Pastörs, NPD: Na, dann tun Sie es doch, sich setzen! – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Zum Landesprogramm liegt ein Zwischenbericht vor, über den wir diskutiert haben. Die Struktur der Regionalzentren hat sich bewährt.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja, die leben ganz gut.)

Wir haben festgestellt, dass die Arbeit für „Demokratie und Toleranz“ wirklich vor Ort angekommen ist.

(Udo Pastörs, NPD: Bloß nicht. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wir haben auch Respekt davor, was dort geleistet wird.

(Stefan Köster, NPD: Wenn Sie schon nichts leisten, Herr Doktor!)

Es gibt in unserem Land sehr viele, die sich sehr engagiert für Demokratie und gegen politischen Extremismus einsetzen. Das sind Mitglieder in demokratischen Vereinen, in Institutionen, Bürgergruppen, in Kirchen, Gewerkschaften, aber auch natürlich in Parteien, in Gemeindevertretungen, in Kreistagen, Stadtvertretungen, in Sozialverbänden, in Hilfegruppen. Das ist die demokratische Zivilgesellschaft und auf die sind wir stolz. Das werden Sie nie verstehen, da brauche ich mich nicht zu bemühen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Sie beklagen, dass das Programm vor allem gegen eine – und jetzt zitiere ich Sie wörtlich – „zugelassene und zudem im Landtag … vertretene Partei“ gerichtet ist. Im Artikel 21 des Grundgesetzes heißt es:

(Stefan Köster, NPD: Dass Ihre Parteien immer mit den Füßen treten?)

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Und jetzt hören Sie gut zu, der Satz zwei heißt: „Ihre Gründung ist frei.“

(Udo Pastörs, NPD: Das sagte ich ja vorhin. Das wissen wir ja. – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Anders als in den Zeiten, denen Sie nachtrauern, ist die Gründung von Parteien unter der Werteordnung des Grundgesetzes frei. Aber falls Sie es noch nicht bemerkt haben, Sie sind gar keine zugelassene Partei, Sie sind eine Partei, die leider noch nicht verboten ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es. – Stefan Köster, NPD: Das ist ja richtig DDR-Rhetorik, was Sie von sich lassen. Gleich kommt die Staatssicherheit raus.)

Sie …

Als ob ich diesen Zwischenruf bestellt hätte. Ich wollte jetzt sagen, deswegen sage ich es jetzt auch, und zwar mit noch mehr Überzeugung: Sie verunglimpfen unser Land,

(allgemeine Unruhe)

Sie verunglimpfen seine Institutionen

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das machen Sie schon ganz alleine.)

und Sie betreiben Hetze gegen die hier lebenden Menschen. Herr Pastörs, Sie sind ja gerade deshalb verurteilt worden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Dass Sie sich nicht schämen, von Demokratie zu reden, ist für mich ein Rätsel.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Ich sage Ihnen auch sehr deutlich von diesem Pult aus: Unsere Demokratie ist nicht schwach. Sie wird sich gegen politische Gruppierungen,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das werden wir noch sehen,
wer die Krise voll durchsteht. –
Udo Pastörs, NPD: Das sehen wir am
Bundeshaushalt, wie stark die Krise ist.)

wie Sie sie vertreten, zur Wehr setzen. Und deswegen bin ich sehr dankbar, dass auch die Landesregierung ihren Teil dazu beiträgt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion
der NPD – Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das System ist am Ende.)

um die Demokratie und Toleranz in unserem Lande voranzubringen.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Der Erlass des Innenministers über das „Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung als Voraussetzung für die Ernennung zum und als Dienstpflicht des Beamten“

(Udo Pastörs, NPD: Freiheitlich-
demokratische Unordnung.)

vom Februar 2007 ist ein Markstein für diese Entwicklung. Es gibt die weiteren Erlasse und das sind Erlasse, die auch draußen im Lande verstanden werden,

(Udo Pastörs, NPD: Deswegen rennen
die Ihnen auch alle weg, wunderbar! –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

die immer mehr dazu beitragen, dass die Leute sich sicher fühlen, dass sie sich vor allen Angriffen, die Sie gegen unser Staatssystem richten, sicher fühlen. Wir stehen hier gegen diese Angriffe,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Den
ersten Angriff, den starten Sie doch selbst.)

wenn wir auch sonst politisch auseinandergehen mögen, da stehen wir zusammen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und, meine Herren von der Fensterfront, wir haben natürlich auch gemerkt, dass Sie mit viel Geld versucht haben, sich überall einzukaufen.

(Stefan Köster, NPD: Wie bitte?!)

Deswegen gibt es auch einen Erlass, der die Leute darüber informiert, wie man bei solchen Verpachtungen wieder herauskommt aus der Falle. Denn natürlich treten Sie nicht offen auf,

(Michael Andrejewski, NPD: Staatsfeinde
dürfen keine Grundstücke kaufen.)

natürlich reden Sie von geradem Auftreten, aber in Wirklichkeit betrügen Sie erst die Menschen, indem Sie sie zur Verpachtung oder Vermietung bringen, und dann überziehen Sie sie auch noch mit rechtlichen Schritten.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
Raimund Frank Borrmann, NPD,
und Stefan Köster, NPD)

Da helfen wir. Da können wir helfen, und das werden wir auch tun.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ich weiß, dass Sie das überhaupt nicht gerne hören.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das ist aber
eine schwache juristische Argumentation.)

Nach unserer Einschätzung ist Mecklenburg-Vorpommern, der Landtag, die Landesregierung und die Mehrheit der Bevölkerung in einer solchen Einigkeit hinter dem Gedanken, dass wir ein demokratisches und tolerantes

(Udo Pastörs, NPD: Das hat Mielke auch
gesagt drei Monate vor dem Zusammenbruch.)

Leben miteinander wollen.

Machen Sie sich mal keine Illusionen! Ich glaube nicht, dass viele Menschen, nicht sehr viel mehr als Sie, die Sie da sitzen, in der Demokratie nicht das gefunden haben, was sie 1989 gesucht haben.

(Stefan Köster, NPD:
Sie sind echt ein Träumer! –
Udo Pastörs, NPD: Was sind
Sie für ein Zyniker?!)

Dieses musste schwer erkämpft werden.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, ja!)

Es ist sehr, sehr viel Arbeit und Mut aufgebracht worden. Meine Herren, seien Sie sich sicher, wir werden das,

(Udo Pastörs, NPD: Im heutigen
Sozialelend gelandet, das waren die
blühenden Landschaften Ihrer Partei.)

was wir erstritten haben für Demokratie und Toleranz, nicht aufgeben, nur weil Sie solche Schreihälse sind.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP –
Udo Pastörs, NPD: Setzen!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Es hat jetzt noch einmal das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Lüssow.

(Dr. Fritz Tack, DIE LINKE: Jetzt kommt wieder namentliche Abstimmung.)

Bitte, Herr Abgeordneter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das können wir uns sparen. Geht weiter!)

Birger Lüssow, NPD: Geht weiter, jo!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat Petereit noch was aufgeschrieben?)

Der hat keine Zeit dafür. Der hat keine Zeit dafür.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn es den selbst ernannten Demokraten hier im Landtag wirklich um Toleranz und Demokratie ginge, dann wären das Landesprogramm und die vielen anderen Programme, Initiativen und Projekte nicht derart einseitig ausgelegt. Ihr Einsatz für die Demokratie gipfelt nämlich in der Toleranz und der Kumpanei mit linksextremen Gewalttätern im Land.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Diese Ihre offenbar fünfte Kolonne der nützlichen Idioten überzieht auch Mecklenburg-Vorpommern mit einer Welle der Gewalt, ohne dass auch nur einer von Ihnen ernsthaft hiergegen das Wort ergreift. Wenn Sie Anschläge gegen Bürgerbüros beklagen und bei Farbschmierereien und verklebten Türschlössern aufheulen, dann offenbart das schon Ihre ganze Unaufrichtigkeit. Unaufrichtig ist Ihr Verhalten deshalb, weil Sie die Täterschaft nicht kennen, sondern nur vermuten können. Unaufrichtig ist Ihre gespielte Empörung auch deshalb, weil Sie bei den Anschlägen auf die Bürgerbüros der NPD-Abgeordneten offenbar keine verwerflichen Taten erblicken können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh doch. – Michael Andrejewski, NPD: Das ist toll.)

Unaufrichtig sind Ihre Stellungnahmen auch deshalb, weil Sie zu Dutzenden von Brandanschlägen auf Autos und Geschäfte am liebsten schweigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tun wir nicht.)

was Sie zumindest dem Verdacht aussetzt, diese Geschehnisse mit einer gewissen Art der Billigung zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann ich sogar belegen, dass ich dagegen öffentlich Stellung bezogen habe, Herr Lüssow. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ihre Geisteshaltung dokumentiert ein Kommentar aus der Zeitung „Die Welt“ von Ulf Poschardt vom 5. Dezember 2009, Zitat: „Nach den Anschlägen auf das Bundeskanzleramt und die Außenstelle des Bundeskriminalamtes reißt in Berlin die Serie von Straftaten mit vermutlich linksextremem Hintergrund nicht ab.“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

„Ein Grund dafür ist, dass bis in die SPD hinein Verständnis für die neue linksextreme Gewalt gepflegt wird.“ Und etwas weiter heißt es in dem Kommentar: „Die Empörung bleibt bislang aus. Stattdessen aufseiten der Linken viel Verständnis, erzwungenes Kopfschütteln und unverhohlene Sympathie bis hin auf die Kommentarseiten linksliberaler Medien der Mitte. … Hinzu kommt, dass – ziemlich erwartbar – viele Mitglieder der Linkspartei,“

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

„aber auch Sozialdemokraten und Grüne die Unterstützermilieus mit Solidarität oder zumindest Verständnis versehen.“ Zitatende.

(Minister Dr. Till Backhaus: Was hat er gesagt? Das habe ich nicht verstanden. Noch mal! – Udo Pastörs, NPD: Das ist logisch, dass Sie das nicht verstanden haben.)

Geradezu heuchlerisch ist es zudem, wenn Sie an vorderster Front die Kumpanei mit linksradikalen Kräften suchen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wenn es zum Beispiel darum geht, das Versammlungsrecht auszuhebeln, indem man versucht, genehmigte Demonstrationen per rechtswidriger Blockade zu verhindern oder NPD-Veranstaltungen zu sprengen. Wie groß wohl die Empörung Ihrerseits wäre, wenn Nationale in Mecklenburg-Vorpommern damit beginnen würden, Parteitage von CDU, SPD, FDP und LINKEN zu blockieren

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

oder gar solche Veranstaltungen massiv stören oder verhindern? Die Parteien CDU, SPD und FDP begünstigen in der politischen Auseinandersetzung ein Klima des Antifaschismus und lassen sich immer wieder von den LINKEN vorführen. Auch hier im Landtag haben Sie es fertiggebracht, die Fraktionen der Mauermörderpartei in Ihre Gemeinschaft der Demokraten fast feierlich aufzunehmen. Lenin hat mal gesagt. Zitat: „Die Kapitalisten werden uns noch den Strick verkaufen, mit dem wir sie aufknüpfen.“ Zitatende.

Nicht nur Herr Holter wird das aus seiner Moskauer Zeit noch kennen, DIE LINKE würde heute vermutlich formulieren: Die Demokraten schaffen uns heute ein antifaschistisches Klima, dem sie am Ende selber zum Opfer fallen werden.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Die CDU ist ja bereits bundesweit ins Visier linker Gewalttäter geraten. Zwischenzeitlich werden nicht nur Autos abgefackelt, auch Angriffe auf Wohnhäuser von Abgeordneten und Senatoren der CDU häufen sich.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Landauf, landab steigert sich unaufhörlich die Zahl linksextremistischer Gewalt, Gewalt gegen Sachen, Gewalt gegen politische Gegner und vor allem auch Gewalt gegen Polizisten.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Lesen Sie hierzu mal die Zwischenberichte des kriminologischen Forschungsdienstes Niedersachsen! Vielleicht gehen Ihnen dann einmal ein paar Lichter und die Augen auf.

(Udo Pastörs, NPD: Lesen Sie mal Professor Pfeiffer etwas intensiver!)

Derweil finden die linken Spießgesellen, die geistigen wie vermutlich sogar die tatsächlichen Brandstifter, Unterschlupf in Initiativen und Projekten, die sich fleißig und höchst willig mit Millionenbeträgen an Steuergeldern ausstatten. Dabei nimmt Ihr Kampf gegen Rechts schon

geradezu krankhafte Züge an. Kaum eine Debatte hier im Landtag, bei der Sie sich nicht genötigt sehen, spätestens nach drei Minuten das Dritte Reich zu bemühen. Und wenn alles nicht mehr reicht, dann werden von Ihnen statt der üblichen Betroffenheitsrituale gleich die Totschlagargumente bemüht. Faschismus ist keine Meinung, Faschismus ist ein Verbrechen!

(Angelika Peters, SPD:
Das ist auch so, oder was?! –
Zurufe von Dr. Fritz Tack, DIE LINKE,
und Udo Pastörs, NPD)

Die NPD kann für sich keine demokratischen Rechte einfordern, weil sie die Demokratie abschaffen will. Wir kennen diese und viele andere Worthülsen zur Genüge.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das Praktische an diesen Totschlagargumenten ist der Umstand, man braucht weder den Beweis für die Behauptung zu erbringen, noch muss man sich überhaupt mit dem Gegner auseinandersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Sie reden von Demokratie und Toleranz und meinen Ausgrenzung und Intoleranz. Was Sie als wehrhafte Demokratie bezeichnen, ist in Wahrheit politische Brunnenvergiftung in Reinkultur. Sie werfen uns immer vor, wir hätten nichts gelernt, aber Sie irren sich auch hier gewaltig. Wir haben Ihre Art der demokratischen Streitkultur und Ihre Umgangsformen kennengelernt und wir werden sie sogar verinnerlichen.

Sie, meine Damen und Herren, glauben, Sie haben die Demokratie gepachtet, aber Ihr Pachtvertrag läuft nach 60 Jahren langsam aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann kommt
die Diktatur, was?!)

Ihr ganzer Aktionismus erinnert schon heute an das ängstliche Pfeifen im Walde. Ihre Programme für Demokratie und Toleranz sind in Wirklichkeit Ausdruck einer tiefen Verunsicherung.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nö! –
Udo Pastörs, NPD: Bravo!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3478 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3478 bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD und ansonsten Ablehnung durch die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP abgelehnt.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat einen Antrag zum Thema „Sicherung von Kulturschätzen“ vorgelegt, der auf Drucksache 5/3559 verteilt wird. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach Verteilung an die Mitglieder des Landtages sowie einer angemessenen Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 40 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 40**: Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Rechte des Landtages achten – Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung endlich vorlegen, auf Drucksache 5/3497.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Rechte des Landtages achten – Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung endlich vorlegen
– Drucksache 5/3497 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete und Vizepräsident Andreas Bluhm für die Fraktion DIE LINKE. Bitte schön.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! In der Sitzungswoche des Landtages im April haben wir die Unterrichtung der Landesregierung „Bericht zum Stand der Unterrichtsversorgung in Mecklenburg-Vorpommern im 1. Schulhalbjahr 2008/2009 und im abgelaufenen Schuljahr 2008/2009“ auf der Drucksache 5/3369 inhaltlich behandelt. Unserem Antrag, diese Unterrichtung wegen Nichteinhaltung des Beschlusses und Terminüberschreitung zurückzuweisen, wollten die Koalitionsfraktionen nicht folgen. Ich nehme das mal positiv, weil nämlich die Geschäftsordnung ein solches Verfahren nicht vorsieht. Denn ich kann und will mir nicht vorstellen, dass die Abgeordneten der SPD- und CDU-Fraktion wirklich von der Landesregierung und hier insbesondere vom Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur sich so in ihren Rechten beschneiden lassen wollen.

Zur Erinnerung: Artikel 20 der Landesverfassung regelt in Absatz 1, ich zitiere: „Der Landtag ist die gewählte Vertretung des Volkes. Er ist Stätte der politischen Willensbildung. Er wählt den Ministerpräsidenten, übt die gesetzgebende Gewalt aus und kontrolliert die Tätigkeit der Landesregierung und der Landesverwaltung. Er behandelt öffentliche Angelegenheiten.“ Ende des Zitats.

Warum erinnere ich nochmals an die verfassungsmäßigen Aufgaben und Rechte unseres Parlaments? Ich tue dies einerseits aus dem Verständnis meines parlamentarischen Amtes eines Vizepräsidenten und andererseits der Erfahrung aus 20 Jahren parlamentarischer Arbeit hier im Parlament, weil es auf uns alle ankommt, meine Damen und Herren Abgeordnete, für die Einhaltung der Rechte des Parlaments einzutreten. Dazu gehört auch, dass wir fraktionsübergreifend allen Versuchen vorbeugen sollten, die bewusst oder unbewusst dazu führen, die Rechte des Parlaments zu beschränken oder zu beschneiden.

Insofern ist das Beispiel der Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung nur eines von Beispielen – Beispielen, die sich während dieser Legislaturperiode förmlich angehäuft haben. Nun könnte man ja meinen, das sei praktisch das Los einer Oppositionsfraktion. Mitnichten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktion,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Minister
sollte jetzt zuhören bei der Rede.)

die Nicht- oder verspätete Erfüllung von Aufträgen des Parlaments durch die Landesregierung trifft Sie ebenso,

(Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

denn Ihre Anträge oder die Termine der von Ihnen eingebrachten Koalitionsvereinbarungen werden genauso wenig eingehalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Andreas, warte doch mal, bis der Minister dir sein Ohr schenkt. Er hat andere wichtige Reden zu schwingen.)

Und damit, meine Damen und Herren, sitzen Sie mit uns in einem Boot. Auch Sie werden von Ihrer eigenen Landesregierung offensichtlich genauso brüskiert wie die Angehörigen der Opposition. Willkommen im Klub, kann ich da nur sagen.

Ich will meine Aussage belegen und nenne auch mit Blick auf die Zeit hier nur exemplarische Beispiele.

– die Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, Antrag der Koalitionsfraktionen aus dem Juli 2007, Vorlagetermin spätestens 2009, ein Jahr und fünf Monate Verzug

– Gesetzentwurf zur Änderung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes, notwendige Neuregelung zum 01.01.2008, Einbringung des Gesetzentwurfes in den Landtag Juli 2008, sieben Monate Verzug

– Ausführungsgesetz zum Schwangerschaftskonfliktgesetz, geplante Einbringung viertes Quartal 2009, Einbringungstermin offen, auflaufend sechs Monate Verzug

– Auf die Gesetze zur Rechtsbereinigung des Landeswassergesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes mit dem hohen Zeitdruck zur Behandlung im Parlament, damit kein rechtsfreier Raum entsteht, will ich an dieser Stelle nur kurz verweisen.

– Lehrkräftebedarfsplanung, Beschluss des Landtages auf Antrag der Koalitionsfraktionen, Vorlage für den Dezember 2009 geplant, dem Landtag am 20. April 2010 zugeleitet

Und auch die mehrfach geübte Praxis, Fakten zu schaffen und erst im Nachgang die gesetzlichen Regelungen vorzulegen beziehungsweise Rechtsvorschriften an die dann faktisch existierende Praxis anzupassen, schadet dem Prinzip der Gewaltenteilung von Parlament und Regierung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann mich nicht erinnern, dass es in den zurückliegenden Legislaturperioden unabhängig von der jeweiligen Regierungskonstellation zu solch einem Umgang der Landesregierung mit dem Parlament gekommen wäre. Ich will ja gerne zugestehen, dass es Gründe geben kann, zugewiesene oder selbst gesteckte Ziele nicht einzuhalten. Aber dann gehörte es früher zum guten Ton, dass man das Parlament darüber und über die Gründe informiert. Solch eine Entschuldigung oder gar eine Begründung habe ich in keinem Fall gehört.

Meine Damen und Herren Minister, wir sind nicht das Anhängsel oder der verlängerte Arm der Landesregierung, wir hier sind das Parlament Mecklenburg-Vorpommerns.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für besonders bedenklich halte ich, dass die dargestellten Tendenzen ja nicht nur bei uns im Parlament zu erkennen sind, sondern in der Bundesrepublik insgesamt. Auf der Jahrestagung der Parlamentarischen Gesellschaft aus Anlass ihres 40-jährigen Bestehens sagte Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D., sinngemäß, ich zitiere: Die Verlagerung von Gesetzgebungskompetenzen führt zu einem Exekutivföderalismus, der führt zur Entmachtung der Parlamente.

Es scheint an der Zeit zu sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns fraktionsübergreifend für unseren Verfassungsauftrag und unsere Stellung entsprechend der Landesverfassung starkmachen und dieses gegenüber der Landesregierung deutlich und selbstbewusst vertreten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Ich bin, wie Sie unschwer feststellen können, meine sehr verehrten Damen und Herren, ziemlich verärgert, und ich meine, auch Sie sollten es sein. Am Beispiel der Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung will ich das etwas ausführlicher darstellen, was ich mit der Achtung der Rechte des Parlaments meine.

Am 31. Januar 2008 fragte ich den Bildungsminister in der Fragestunde des Landtages, wann die fehlende Unterrichtung dem Landtag zugeleitet wird. Dem Minister war nach eigener Aussage nicht bekannt, dass er eine solche Berichtspflicht hätte. Meine Auffassung, dass der Bericht auf Grundlage eines Beschlusses des Landtages aus der 4. Legislaturperiode, der auf einen CDU-Antrag, meine Damen und Herren, zurückging, nach Paragraf 113 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages nicht der Diskontinuität anheimgefallen ist, wurde zunächst bestritten. Der Bericht wurde dann im Nachgang für das zweite Halbjahr 2008 angekündigt. Unter Beachtung der Kontinuität der Berichterstattung hätte der Bericht für das Schuljahr 2006/2007 allerdings spätestens im ersten Halbjahr 2008 vorliegen müssen.

Im April 2008 versuchte ich es dann mit einer Kleinen Anfrage. In der Antwort sicherte der Bildungsminister zu, die Unterrichtung bis Mitte/Ende Mai 2008 vorzulegen. Vorgelegt wurde der Bericht dann mit Datum vom 24. Juni, also einen Monat später.

Die bisher vorgelegten Berichte der Landesregierung entsprechen zudem nicht der geltenden Beschlussfassung des Landtages in der 4. Legislaturperiode. Ich möchte vermeiden, das jetzt lange aufzudröseln. Im Kern geht es darum, dass die Landesregierung zweimal zu berichten hat, nämlich zum Abschluss des Schuljahres und zum Schulhalbjahr. Die CDU-Fraktion, ich darf Sie daran erinnern, meine Herren und Damen der CDU-Fraktion, wollte in der 4. Wahlperiode sogar die Berichte vierteljährlich.

Die letzte Unterrichtung datiert vom 01.04.2010, ich hoffe, das Datum ist nur zufällig, befasst sich dann allerdings gleich zweimal mit dem gleichen Schuljahr, nämlich mit dem ersten Schulhalbjahr 2008/2009 und mit dem komplett abgelaufenen Schuljahr 2008/2009. Es hätte aber im September/Oktober 2009 die Unterrichtung über die Unterrichtsversorgung des angelaufenen Schuljahres 2009/2010 unter Berücksichtigung des abgelaufenen Schuljahres 2008/2009 geben müssen und im April dieses Jahres – spätestens im April dieses Jahres! – die Unterrichtung der Landesregierung zur Unterrichtsversorgung im ersten Schulhalbjahr 2009/2010.

Ich kann nur feststellen, bewusst oder unbewusst, das lasse ich mal dahingestellt sein, sind jeweils die Berichte

zum Schulhalbjahr eingespart worden. Und ich fühle mich inzwischen in meinen parlamentarischen Rechten als Abgeordneter massiv beeinträchtigt. Etwas burschikos formuliert könnte ich auch sagen: Ich fühle mich inzwischen hochgradig veräppelt.

(Michael Andrejewski, NPD:
Das war unparlamentarisch.)

Hinzu kommt, dass es an Hinweisen von mir nicht gefehlt hat. Was um Himmels willen braucht ein Bildungsminister denn noch, um einen beschlusskonformen Bericht abzuliefern?

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Den Rücktritt!)

Es fällt mir inzwischen wirklich schwer, an ein Versehen zu glauben. Und damit bin ich wieder am Ausgangspunkt meiner Rede. So geht man mit dem Parlament, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern nicht um!

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nun könnte man einwenden: Was macht der für ein Gewese? Welche Bedeutung hat denn so eine Unterrichtung? Zunächst ist festzustellen, dass über beschlossene Aufträge durch den Landtag nicht mehr zu diskutieren ist. Man könnte sie höchstens durch einen entsprechenden Beschluss abändern.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und es ist auch nicht zulässig, sie in der geschehenen Art und Weise zu interpretieren.

Wer mal in die Geschichte des Landtages zurückgeht, wird schnell feststellen, dass das Problem der Unterrichtsversorgung sich in allen Legislaturperioden als eines der grundlegenden Probleme dargestellt hat. Es gibt über die Jahre eine Vielzahl parlamentarischer Initiativen aller Fraktionen dieses Hauses. Und das ist schon deshalb so, weil zum Beispiel an den Schulen ein einklagbarer Anspruch auf Unterricht besteht. Sie ist ein wesentliches Element der Bedarfs- und Stellenplanung und auch der Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer, der Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land. Die Unterrichtsversorgung ist eine der wichtigsten Grundlagen für die Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages an unseren Schulen. Sie ist nebenbei auch eine der wenigen wirklich messbaren Kriterien dafür.

Aber gerade die fehlenden Unterrichtungen zum Schuljahresbeginn 2009/2010 und zum Schulhalbjahr 2009/2010 haben eine ganz besondere Bedeutung, denn zum 01.08.2009, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie daran erinnern, wurde die schülerbezogene Stundenzuweisung in diesem Land eingeführt. Es ist ein Armutszeugnis, wenn bis zum heutigen Tag dem Gesetzgeber durch die Exekutive nichts zur Situation der Unterrichtsversorgung berichtet wird.

Dafür möchte ich doch einmal die entsprechende Drucksache des letzten Berichtes auf Drucksache 5/3369 zitieren, 1. April dieses Jahres: „Die Bedarfserhebung durch die Staatlichen Schulämter für das Schuljahr 2009/2010 auf der Grundlage der Unterrichtsversorgungsverordnung 2009/2010 konnte bisher nicht vollständig ausgewertet werden. Es wird jedoch davon ausgegangen, dass der Gesamtbedarf durch die zur Verfügung stehenden Stellen und Stellenäquivalente abgesichert werden kann.“ Ende des Zitats.

Ich konstatiere: Sie wissen also nicht, wie sich der Stand der Unterrichtsversorgung, die Situation bei Unterrichtsausfall,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

die Krankenstandsentwicklung im laufenden Schuljahr darstellt.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Was weiß Tesch denn überhaupt?)

Sie wissen also nicht, wie sich die schülerbezogene Stundenzuweisung, die Sockel- und Zusatzbedarfe auswirken und ob sie tatsächlich einen anforderungsgerechten Unterricht gewährleisten. Und Sie wissen also auch nicht, ob die administrative Neubemessung für das neue Schuljahr in Bezug auf die Sockel- und Zusatzbedarfe tatsächlich als richtig, als anforderungsgerecht, als sich in der schulischen Praxis bewährt anzusehen sind beziehungsweise ein Umsteuern erforderlich wird und ob weitere Änderungen in der Bemessung nach oben oder nach unten möglich oder erforderlich sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, um Politik wirksam und sachgerecht zu gestalten und sie in ihren Wirkungen zu bemessen, um den Verfassungsauftrag dieses Parlaments, dem auch die Angehörigen der Koalitionsfraktionen ja angehören, die auch für die Kontrolle der Landesregierung zuständig sind, halten wir diese Informationen für zwingend notwendig, und das insbesondere dann, wenn offensichtlich der zuständige Minister sie nicht für notwendig hält.

Wir haben im Antrag, der Ihnen vorliegt, in Punkt 3 die Landesregierung aufgefordert, zukünftig die Berichte termingerecht zuzuleiten und, ich füge hinzu, auch beschlusskonform. Und damit zukünftig die Irritationen mit der Zuordnung des Berichtes zu den Schuljahren und Schulhalbjahren beseitigt werden, sollen zukünftig die Berichte „jeweils halbjährlich zum Ende des Schulhalbjahres sowie zum Ende des Schuljahres“ vorgelegt werden. Ich denke, dass auch die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen in ihrem eigenen Interesse der Wahrnahme ihrer Verantwortung diesem Ansinnen folgen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Die wissen doch immer alles.)

Und, meine Damen und Herren, mit der Ziffer 4 schaffen wir zudem die Voraussetzungen, dass der Landtag auch in der nächsten Legislaturperiode die entsprechenden Unterrichtungen zur Unterrichtsversorgung erhält, denn Paragraf 113 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages ist ja nicht verändert worden, und sichern mit einer solchen Beschlussfassung zu, dass auch von der Landesregierung der nächsten Legislaturperiode, egal in welcher Konstellation sie zusammentritt, diese entsprechenden Unterrichtungen vorzulegen sind.

Da es sich, wie schon ausgeführt, um die Sicherung der Rechte des Landtages und der Abgeordneten handelt, gehe ich also davon aus, dass Sie fraktionsübergreifend unserem Antrag zustimmen. Ich beantrage namens meiner Fraktion für die Schlussabstimmung zu diesem Antrag namentliche Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Bluhm! Uns liegt heute ein Antrag mit dem Titel „Rechte des Landtages achten – Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung endlich vorlegen“ vor, und die Fraktion DIE LINKE fordert den Landtag darin auf, die Nichtvorlage der Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung zum Schuljahresbeginn 2009/2010 sowie zum Schulhalbjahr 2009/2010 durch die Landesregierung zu missbilligen.

Ich meine zu wissen, Sie haben ja auch breit ausgeführt, was der Grundtenor Ihres Anliegens ist. Insofern will ich auch bei all meinen Ausführungen voranstellen, dass das unbenommen so ist. Gleichwohl will ich sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur bestrebt sind, mit ihren Zuarbeiten, Stellungnahmen und Antworten das Parlament in seiner Arbeit stets umfassend zu informieren und zu unterstützen.

Und insofern, wenn man es so losgelöst darlegt, dann mag ja der Eindruck entstehen, wir leben im luftleeren Raum.

(Andreas Bluhm, DIE LINKE: Nein!)

Ich glaube nicht, dass nicht noch viele zusätzliche Aufgaben, die wir sozusagen genauso, wie Sie es gesagt haben, ohne Wenn und Aber entgegenzunehmen haben, in diesen Zeiträumen absolviert worden sind, die im Übrigen auch mit diesen Themenbereichen zu tun hatten, bis hin zu den Beratungen im Bildungsausschuss, sodass man nicht davon ausgehen kann, unbenommen von der Vorlage des Berichtes, dass über diese Dinge weder gesprochen noch dass Informationen nicht mitgeteilt worden sind. Aufträge und Anfragen des Landtages werden stets mit höchster Priorität und äußerster Sorgfalt bearbeitet. Das gilt auch für den Bericht. Insofern möchte ich auch sagen, dass ich verstehe, und ich will da sozusagen keine Rhetorik unterstellen, dass ich nicht glaube, dass man unterstellen kann, dass hier eine Nichtachtung des Parlaments vorliegt.

Der Bericht zur Unterrichtsversorgung ist weit mehr als ein regelmäßig abzuliefernde Standardwerk mit zusammengefassten Zahlenwerten des zurückliegenden Schuljahres oder -halbjahres. Auch da haben wir, nur zu unser aller Erinnerung, im Laufe der Jahre weitere Elemente aufgenommen. Wir haben – und das wissen Sie, Herr Bluhm, auch ganz genau – datengestützte Auswertungen, die natürlich auch bei aller Beschlusslage dann eine präzise Auswertung ermöglichen müssen. Und neben den reinen Zahlen für Vertretung und Ausfall des Berichtszeitraumes werden vor allem die Ursachen hierfür detailliert erfasst und analysiert. Auf dieser Basis werden anschließend Handlungsoptionen entwickelt und abgestimmt, um den Hauptursachen für den Anfall von Vertretungsunterricht oder den Unterrichtsausfall entgegenwirken zu können.

Es ist richtig, wir sind verpflichtet, zweimal jährlich den Bericht zur Unterrichtsversorgung zu fertigen und an den Landtag zu übergeben: zum Schuljahresbeginn mit Reflexion auf das zurückliegende Schuljahr und zum Halbjahr mit Blick auf das abgelaufene Halbjahr. Und auch wenn Sie sozusagen die Diskontinuität hier angeführt haben, ich habe damals offen und ehrlich geantwortet und das ist dann auch geprüft worden. Also insofern war das keine Vorsätzlichkeit, ganz im Gegenteil. Zu Ihrer Zufriedenstellung ist dieses Problem durch den Dienst des Landtages abgearbeitet worden.

Und während die Berechnungen und Analysen nach Vorliegen des Zahlenmaterials anlaufen, sind die Mitarbeiter meines Hauses bei der Erstellung des Berichtes auch immer bestrebt, zu achten auf – und auch davon haben Sie gesprochen, und ich glaube, das ist sowieso etwas, was sich im Laufe der Jahre fortschreiben muss – die Qualität. Aber was viel wichtiger ist, ist die Aussagekraft. Und was mir noch viel, viel wichtiger erscheint, ist die Lesbarkeit, das heißt also, die Verständlichkeit gilt es, in diesem Bereich zu verbessern, um Ihnen, um allen Abgeordneten des Landtages ein bestmögliches Ergebnis und natürlich – und da bin ich mit Ihnen überhaupt nicht auseinander – ein belastbares Steuerungsinstrument vorlegen zu können. Über die Art und Weise der Steuerung kann man dann an der einen oder anderen Stelle ja streiten.

So wurden beispielsweise, Sie haben die Berichte angesprochen, im bereits übergebenen Bericht zum ersten Schulhalbjahr 2008/2009 und zum abgelaufenen Schuljahr 2008/2009 mehrere Punkte eingeführt, die die Qualität und Aussagekraft deutlich erhöhen sollen. Es werden nun die organisatorischen und personellen Rahmenbedingungen der Unterrichtsversorgung beleuchtet und es werden die konkreten Maßnahmen zur Vermeidung von zur Vertretung anfallendem Unterricht und von Unterrichtsausfall genannt.

Um dem Landtag einen komplexen Einblick in die Unterrichtsversorgung zu geben, wurden in dem bereits vorgelegten Bericht darüber hinaus die Situation der Unterrichtsversorgung im ersten Schulhalbjahr und im Schulhalbjahr 2008/2009 vergleichend dargestellt. Ich glaube, auch das ist etwas, was wir in Zukunft beibehalten sollten. Somit lassen sich die Entwicklungen im Zeitlauf gegenüber der vorherigen Darstellung besser nachvollziehen. Weiterhin gibt dann der Bericht auch zur Unterrichtsversorgung einen Ausblick auf das neue Schuljahr beziehungsweise Schulhalbjahr, bevor dann – wie Sie zu Recht sagen – der erneute Bericht vorzulegen ist.

Ich möchte nur sagen, dass Sie – bei all dem, was Sie auch zu Recht kritisieren mögen – nicht davon ausgehen können, dass hier irgendwo eine Missachtung des Parlaments vorliegt, sondern dass dieser Bericht auch bestimmten Maßstäben genügen muss. Und diese Maßstäbe, auch da sollten wir doch ehrlich zueinander sein, haben wir im Laufe der Zeit, auch von Sitzung zu Sitzung, auch von Ausschuss zu Ausschuss nun nicht gerade niedriger gelegt. Wir brauchen bessere und höhere Steuerungselemente. Es geht aus meiner Sicht nicht darum, und so habe ich Sie auch verstanden, dass wir hier nur formal und inhaltlich etwas auf niederem Niveau vorlegen. Dazu braucht es eine bestimmte Bearbeitungszeit. Das räumen wir doch gern ein.

Ich will auch sagen zu dem, was Sie heute vorgetragen haben, der Bericht zum Stand der Unterrichtsversorgung im ersten Schulhalbjahr 2009/2010 ist fertiggestellt. Er wird jetzt in Kürze der Landesregierung vorgestellt, und dann natürlich selbstverständlich dem Landtag. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der CDU –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Es ist ja kaum noch Beifall. –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

(Udo Pastörs, NPD: Ein Auslaufmodell.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Tesch, hat der Abgeordnete Herr Brodkorb für die Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde, eigentlich ist in der Sache alles gesagt. Ich persönlich möchte den Minister bitten – denn ich glaube, darum geht es –, solche Tagesordnungspunkte einfach dadurch überflüssig zu machen, dass, wenn ein Landtag etwas beschlossen hat und die Frist nicht eingehalten werden kann, das Ministerium den Landtag darüber rechtzeitig informiert. Und dann können wir uns solche Debatten auch sparen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der SPD –
Rudolf Borchert, SPD: Eine gute Methode. –
Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

(Michael Andrejewski, NPD:
Eine große Rede, prima! –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Der Mensch ist absolut unfähig.)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Kreher für die Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin ja bereit, viel Verständnis dafür aufzubringen, dass das Ministerium für Bildung und Kultur wirklich eine Breite von Aufgaben zu erfüllen hat, vom Einbaum ganz unten bis zu den Hochschulen ganz oben. Es ist wirklich eine breite Sache, die Sie zu bearbeiten haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich weiß auch, dass Sie sehr viele Baustellen übernommen haben und dass Sie sehr viel in Ihrem Ministerium auch wieder in Ordnung bringen wollten.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Aber hier ist etwas geschehen,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und da stimme ich der Fraktion der LINKEN voll zu,

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

hier ist eine Unterrichtung nicht geschehen, die eigentlich vom Parlament gefordert war und die auch notwendig ist.

Und deshalb, meine Damen und Herren, kann ich es auch relativ kurz machen. Auch bei allem Verständnis, dies ist etwas, was wir hier als Parlament uns nicht gefallen lassen wollen und auch nicht gefallen lassen können. Das ist unsere Aufgabe, solche Dinge wieder einzufordern, denn es geht nicht um uns, es geht darum, dass die Öffentlichkeit auch über solche Dinge informiert ist. Und das haben wir hier als Aufgabe. Und deshalb werden wir als Fraktion der FDP dem Antrag der Fraktion DIE LINKE voll zustimmen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lüssow für die Fraktion der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits nach Ende des Schuljahres 2008/2009 wollte die NPD in einer Kleinen Anfrage von der Landesregierung wissen, wie viele ausgefallene Unterrichtsstunden an allgemeinbildenden Schulen in Mecklenburg-Vorpommern erfasst worden sind. Zu diesem Zeitpunkt konnte jedoch das Landesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur nur bedingt darauf eingehen, da zwar Datenmaterial vorhanden war, aber noch keine Auswertungen vorgenommen wurden. Nach über einem Dreivierteljahr waren die Auswertungen endlich abgeschlossen. Die Unterrichtung hierzu war dementsprechend auch Gegenstand der letzten Plenardebatte, wo deutlich geworden ist, dass erstmals seit fünf Jahren der Unterrichtsausfall, insbesondere an Berufsschulen, wieder zugenommen hat.

Angesichts dessen ist es nicht verwunderlich, dass seitens der Landesregierung ein aus ihrer Sicht berechtigtes Interesse besteht, die Unterrichtung über die Unterrichtsversorgung für das erste Schulhalbjahr 2009/2010, sagen wir mal, nicht ganz zeitnah auf den Tisch zu packen. Denn das Bildungsministerium steht bei diesem Thema nicht zum ersten Mal im Fokus der allgemeinen Kritik.

Bereits im letzten Jahr musste sich Minister Tesch die Frage gefallen lassen, ob die Unterrichtung aus seinem Hause auf Verlässlichkeit, Vollständigkeit und Unmissverständlichkeit geprüft worden ist. Erinnert sei hierbei an den Landesfinanzbericht von 2009, in dem es unter anderem heißt, dass der Landtag nicht vollständig über den Unterrichtsausfall in den vergangenen Schuljahren unterrichtet wurde. Das Ergebnis legte eine Trickserei des Ministers Tesch offen. Bei der Erfassung von Vertretungsstunden wurde nicht berücksichtigt, ob Schüler Stillbeschäftigung erhielten, wenn Lehrer durch Krankheit ausfielen oder der Unterricht wegen höherer Gewalt gänzlich nicht stattfand. Dies wertete das Ministerium nicht als Ausfall, was der Statistik half, seit einigen Jahren eine nahezu flächendeckende Unterrichtsversorgung zu suggerieren.

Zwar gelobte man Besserung, doch es ist im Nachhinein ein wirkliches Konzept, um künftig den Fehlzeiten zu begegnen, nicht erkennbar. Wie gewöhnlich werden die Problemlösungen verschoben, verwiesen und beteuert, dass sich im kommenden Schuljahr alles zum Besseren wenden wird. Dann soll nämlich allen Ernstes dem schleichenden Mangel an Lehrkräften, der noch vor nicht allzu langer Zeit vehement bestritten wurde, mit Referendaren als Billigvertretungslehrer, mit einem Lehrergesundheitstag als Programm gegen Krankheit, Überlastung sowie Überalterung der Lehrkörper und mit dem sogenannten SIP als Feigenblatt für eine bessere Vertretungsplanung begegnet werden.

Nicht nur die verzögerte Unterrichtung lässt auf eine lange Leitung im Bildungsministerium schließen, sondern auch dieser unkoordinierte Aktionismus beweist, dass Tesch wohl auf seinem Ministersessel fehl am Platze ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD –
Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wer schon an einer wahrheitsgetreuen Bestandsaufnahme bei der Unterrichtsversorgung scheitert, dem traut man auch die Kurierung des krankenden Bildungswesens in Mecklenburg-Vorpommern nicht zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Udo Pastörs, NPD: Wenn Kranke Kranke heilen sollen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete und Vizepräsident Bluhm für die Faktion DIE LINKE.

Andreas Bluhm, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt mir schon schwer, das sozusagen zu akzeptieren. Aber mir bleibt ja nichts weiter übrig, wenn der Minister erklärt, er wird jetzt ziemlich zeitnah die Befassung des Kabinetts mit der Unterrichtung zum ersten Halbjahr 2009/2010 vorlegen

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Das klingt aber sehr resignativ.)

und dass dann verfahrensmäßig natürlich die Unterrichtung nach der Befassung des Kabinetts auch den Landtag erreicht. Dann ist das sicherlich vom Verfahren der Erstellung eines Berichtes in Ordnung, allerdings kommt er in der Tat ja viel zu spät.

Und es würde sich alles auch ein bisschen relativieren, wenn man nicht sozusagen mit falschen oder mit irreführenden Überschriften agieren würde. Ich darf einfach noch mal zitieren aus der Überschrift der Pressemitteilung des Bildungsministers vom 30.03. dieses Jahres mit der Nummer 058-10, wo es heißt, „Größere Flexibilität der Selbstständigen Schule hilft Unterrichtsversorgung zu sichern“. Und nun hoffe ich mal, dass die entsprechende Unterrichtung, die dann in den nächsten Wochen dem Landtag zugeleitet wird, diese Aussage – die sich in dem anderen Bericht, der dann dem Parlament tatsächlich zugeleitet wurde, überhaupt nicht untersetzt wiederfand – sozusagen für uns nachvollziehbar macht, ob denn mit der Einführung von mehr Flexibilität der Selbstständigen Schule und der schülerbezogenen Stundenzuweisung sich tatsächlich die Unterrichtsversorgung verbessert hat.

Und Sie finden in Ihrem Pressespiegel heute eine Darstellung einer Schülergruppe, die gestern bei der Bundeskanzlerin im Bundeskanzleramt war, am Tage des Bildungsgipfels. Ich will jetzt hier keine Bildungsgipfeldiskussion machen, aber da werden einzelne Fächer aufgeführt, die diese Schülerinnen und Schüler im Moment nicht haben. Und es ist eben eine Frage, dass man über den Output von Schule nur dann richtig befinden kann, wenn man in der zur Verfügung stehenden Unterrichtszeit den Fachunterricht tatsächlich auch erteilt und die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, diesen Unterricht auch zu verfolgen. Von daher ist also die Unterrichtsversorgung eine der Schlüsselfragen der Zukunft.

Ich gehe davon aus, dass, selbst wenn Sie dem Antrag hier heute nicht zustimmen, dieser Antrag zumindest dazu beigetragen hat, die Sensibilität zu erhöhen, was die Beschlussfassungen und die Umsetzung von Beschlussfassungen des Parlaments betrifft, dass es darauf ankommt – und da sage ich mal ausdrücklich: nicht nur beim Bildungsminister –, Beschlusslagen dieses Parlamentes durch die Landesregierung in allen Ressorts ernst zu nehmen, und dass vor dem Hintergrund der weiter geltenden Beschlussfassung, wenn jetzt der Bericht zum ersten Schulhalbjahr 2009/2010 vorliegt, wir im Herbst dieses Jahres die der Beschlussfassung der 4. Legislaturperiode entsprechende Unterrichtung der Würdigung des Schuljahres 2009/2010 und des Anlaufs des Schuljahres 2010/2011 dann rechtzeitig im Herbst hier im Parlament diskutieren können.

In dem Sinne, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht also nicht vordergründig nur und alleine um die Frage der Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung, sondern es geht auch darum, wie ernst nehmen wir uns als Abgeordnete, als Parlament mit der eigenständigen Rolle, die wir haben, gegenüber der Landesregierung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das haben wir ja gerade bei der Debatte gemerkt.)

Und der Bundestagspräsident Herr Lammert hat auf der von mir erwähnten Veranstaltung der Parlamentarischen Gesellschaft vor einigen Tagen in Berlin gesagt, das Parlament muss sozusagen der Hort gesellschaftlicher Interessendiskussionen sein. Darauf sollten wir achten, dass das auch künftig so ist.

In diesem Sinne kann ich noch einmal werben dafür, dem Antrag zuzustimmen, weil er sozusagen in die nächste Legislaturperiode reicht, was die Berichtung der Unterrichtung betrifft. Und der Fakt, dass der Landtag die Nichtvorlage missbilligt, der ist ja nun scheinbar ziemlich offensichtlich. Aber, wie gesagt, ich werbe um Zustimmung zu diesem Antrag. Ansonsten hat er vielleicht auch dazu beigetragen, die Sensibilität im Umgang mit dem Parlament zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Ich schließe die Aussprache.

Die Faktion DIE LINKE hat gemäß Paragraf 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3497 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Ich bitte den Schriftführer, jetzt die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das tun möchte?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus und Wolfgang Griese werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es noch ein Mitglied des Landtages, das seine Stimme noch nicht abgegeben hat und das tun möchte? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Wir befinden uns im Abstimmungsverfahren, Herr Renz. Die Stimme ist registriert worden.

Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe also die Abstimmung und bitte jetzt die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Unterbrechung: 12.29 Uhr

Wiederbeginn: 12.33 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis zum Antrag der Fraktion DIE LINKE bekannt geben. Insgesamt haben an der Abstimmung 56 Abgeordnete teilgenommen. Für den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3497 stimmten 22 Abgeordnete mit Ja, 33 Abgeordnete mit Nein, ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 5/3497 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der Fraktion der NPD liegt Ihnen auf Drucksache 5/3559 ein Antrag zum Thema „Sicherung von Kulturschätzen“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraf 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort zur Begründung erhält der Abgeordnete Herr Borrmann für die Fraktion der NPD.

Raimund Frank Borrmann, NPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Die NPD-Fraktion hat einen Antrag eingebracht, dessen dringliche Behandlung ich begründen möchte.

1. Letztes Jahr musste das Land den totalen Verlust von einzigartigen historischen Einbäumen zur Kenntnis nehmen. Den hatte auch die Landesregierung zu verantworten. Jetzt wieder ein Skandal: Tausende Ausgrabungsstücke bewahrt das Land seit 18 Jahren unter katastrophalen Bedingungen auf, Zitat: „Der Schaden ist nicht absehbar“, Zitatende, schreibt die „Ostsee-Zeitung“.
2. Es ist daher dringend geboten, eine öffentliche Auskunft über Anzahl, Charakter und Zustand der Sammlung in Zuständigkeit des Landes zu erhalten. Erst dann können wir zukünftige Skandale in Zusammenarbeit mit der interessierten Öffentlichkeit vermindern.
3. Es ist dringend geboten, alle Sammlungen, also auch jene, von denen wir noch keine Schadenskenntnis haben, die aber bereits befallen oder vom Verfall bedroht sind, zu evakuieren.
4. Es ist dringend geboten, die zur Evakuierung und Bestandssicherung erforderlichen Finanzmittel einzustellen. Die Rettung der Stücke aus der Sammlungsgruft kostet nach OZ-Angaben 750.000 Euro. OZ schreibt, Zitat: „Noch liege keine Anfrage für eine außerplanmäßige Ausgabe vor, heißt es im Finanzministerium“, Zitatende.
5. Es ist dringend geboten, dass der Landesminister Henry Tesch, der es nicht vermag, in seiner Zuständigkeit Ordnung zu schaffen, zurücktritt. Nach den vergammelten Einbäumen wurde niemand zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen, kein Beamter wurde entlassen, kein Schadensersatz eingeklagt.

(Udo Pastörs, NPD: Warum auch?!)

Teschs Schlamperei ist unerträglich.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

So viel Unfähigkeit verdient dringend den Rücktritt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht? – Bitte, Herr Abgeordneter Müller, Sie erhalten das Wort.

Heinz Müller, SPD (zur Geschäftsordnung): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zur Frage der Aufbewahrung von Museums- und Archivgut findet im zuständigen Bildungsausschuss immer wieder eine fachlich orientierte Diskussion statt.

(Stefan Köster, NPD: Vielleicht wurde der Ausschuss ja belogen.)

Entstehende und entstandene Fragen können hier diskutiert werden und werden hier diskutiert. Allerdings ist konstruktive Arbeit im Ausschuss ja nicht unbedingt Sache der NPD,

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Geheim sind diese Sitzungen.)

wie sie selbst ja uns auch gerne wissen lässt.

Von daher, meine Herren, empfehle ich Ihnen, eine qualifizierte Diskussion dort zu führen,

(Stefan Köster, NPD: Sie sind auch ein Kunstwerk.)

wo sie hingehört.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie sind ja geheim.)

Dass Sie an einer solchen qualifizierten Diskussion nicht interessiert sind, ergibt sich schon aus dem Text Ihres Antrags. Sie fragen unter I bestimmte Dinge – übrigens Dinge, die dort diskutiert werden, die teilweise auch im Haushalt stehen und so weiter –,

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist der aktuelle Bezug, Herr Müller?)

aber ohne die Fragen abzuwarten, wissen Sie schon,

(Udo Pastörs, NPD: Wo ist der konkrete aktuelle Bezug zu dem, was mein Kamerad vorgetragen hat?)

was in Antwort auf diese Fragen zu passieren hat, dass nämlich II der Minister zurückzutreten hat. Das ist der Hauptkern Ihres Antrags.

(Stefan Köster, NPD: Sie haben es erfasst.)

Sie wollen hier eine Klamaukveranstaltung gegen ein Mitglied der Landesregierung machen.

(Stefan Köster, NPD: Der Mann ist unfähig, absolut unfähig.)

Das ist weder dringlich noch sinnvoll

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und wir lehnen Ihren Antrag ab und wir verneinen auch die Dringlichkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Udo Pastörs, NPD: Dann werden Sie sehen, wie fähig der ist.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Pastörs, bitte mäßigen Sie sich in Ihrer Ausdrucksweise! Wir sind hier nicht am Stammtisch, wir sind hier im Landtag Mecklenburg-Vorpommern.

(Stefan Köster, NPD: Auch da wird Deutsch gesprochen.)

Herr Köster, Sie erhalten den zweiten Ordnungsruf und ich mache Sie darauf aufmerksam, dass ein dritter Ordnungsruf die Wortentziehung nach sich zieht.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wir stimmen jetzt über die Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage ab. Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Vorlage der NPD mit den Stimmen der SPD, der CDU, der LINKEN, der FDP gegen die Stimmen der NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 41**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Keine Verlängerung des Vertrages zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Juni 1996, auf Drucksache 5/3479.

Antrag der Fraktion der NPD:
Keine Verlängerung des Vertrages zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern vom 14. Juni 1996
– Drucksache 5/3479 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski für die Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Religion ist ein Hobby, nicht höher, aber auch nicht niedriger zu bewerten als Briefmarkensammeln oder Wandern.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Wie alle Hobbys sollte Religion daher Privatsache sein und vor allem auch privat finanziert werden. Ich habe keine Lust, für die Liebhabereien anderer Leute als Steuerzahler geradestehen zu müssen. Mich gehen Juden, Christen und Moslems nichts an, weil ich ihren Glauben nicht teile, was mein gutes Recht ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Also sollen sie sich auch von meinem Geldbeutel fernhalten.

Dass es einen Artikel 140 Grundgesetz gibt, in dem kirchenrechtliche Bestimmungen aus der Weimarer Reichsverfassung für fortgeltend erklärt werden, ist uns bekannt, aber erstens folgt der Vertrag zwischen dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden nicht direkt und zwingend in seiner jetzigen Gestalt aus dem Grundgesetz und zweitens ist eine Entrümpelung des Grundgesetzes in dieser Hinsicht schon lange fällig.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Der Kirchenrechtsartikel ist ein Stück Mittelalter, als es noch hieß „Bündnis zwischen Thron und Altar“, und jetzt sollen noch Synagoge und Moschee und Gott weiß was dazukommen.

(Udo Pastörs, NPD: Deutsche Tempel demnächst.)

Es kann zum Beispiel nicht sein, dass die christlichen Kirchen fast völlig souveräne Herrschaftsbereiche besitzen. Nur so war der jahrzehntelange Missbrauch in katholischen Schulen ja denkbar, weil die da machen konnten, was sie wollten, unkontrolliert vom Staat.

Etwa eine Million Menschen sind bei den Kirchen beschäftigt, wo sie einem Sonderarbeitsrecht unterliegen, das sie zu Arbeitnehmern zweiter Klasse macht. Zusätzlich kassieren die Kirchen neben der Kirchensteuer, die der Staat für sie einzieht, noch Milliarden an Steuergeldern. Und da es einen Grundsatz der Gleichbehandlung gibt, wollen das alle anderen Religionen natürlich auch – Juden, Moslems, Zeugen Jehovas, Scientologen, auch Hindus, die gerade einen großen Tempel in Berlin errichtet haben, wenn ich recht gelesen habe, für den Elefantengott Ganesha, der jetzt auch Deutscher ist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Alle wollen Körperschaften des öffentlichen Rechts werden, was der Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ja auch schon ist.

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Alle wollen Sonderrechte, alle wollen Geld.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Zugegeben, die 355.000 Euro, die der Landesverband jährlich als Landeszuschuss erhält, der Landesverband der Jüdischen Gemeinden, sind Peanuts verglichen mit dem, was die Kirchen einsacken. Das sei zugegeben. Allerdings ist es doch eine Menge Holz angesichts der geringen Zahl der Menschen jüdischen Glaubens im Land, noch nicht einmal 2.000. Da haben die Kirchen noch ein paar mehr Leute. Noch!

Und wozu brauchen die jüdischen Gemeinden eigentlich das Geld? Die meisten der Juden im Lande kommen aus der Exsowjetunion und haben, wie der Landesrabbiner auch beklagt hat, keine Ahnung mehr von jüdischen Glaubensinhalten. Viele sind gar keine Juden, sondern haben sich irgendwo im Ural gegen ein Butterbrot und eine Flasche Wodka eine amtliche Bescheinigung besorgt,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

dass sie Juden seien, weil sie gehört haben, dass Ihnen dann in Deutschland das Geld hinterhergeschmissen würde.

(Zuruf von Irene Müller, DIE LINKE)

Die Religiösen unter den hiesigen Juden wollen die anderen, diese anderen, jetzt natürlich wieder auf Linie bringen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und um das zu finanzieren, dazu brauchen sie Staatsgeld. Was geht mich das an?! Juden, Christen und Moslems sind sehr von sich eingenommen. Die einen meinen, nur sie kämen ins Paradies, notfalls indem sie sich in die Luft sprengen, die anderen halten sich für Gottes auserwähltes Volk.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schön, wenn man so seine Vorurteile pflegen kann.)

Dann sollen sie auch etwas dafür tun, aus eigener Kraft, ohne Staatsknete.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Das ist möglich. In den USA ist das religiöse Leben viel vitaler als bei uns, bei allen religiösen Gemeinschaften,

(Irene Müller, DIE LINKE: Ist es gestattet, Religionen zu verunglimpfen? Ich glaube, nicht.)

obwohl sich alle Glaubensgemeinschaften dort wirtschaftlich selber tragen müssen. Diese Erfrischungskur, aus dem Beamtenmief, dem wohlbestallten, rausgezerrt zu werden, würde den Kirchen sehr guttun und auch den jüdischen Gemeinden würde es guttun, wenn sie da nicht reingerieten.

Ich bin Agnostiker – schlagen Sie im Lexikon nach, was das ist – und habe keine Ahnung, welches der wahre Gott ist. Ich wundere mich über alle, die sich einbilden, sie wüssten das. Aber wenn sie schon so viel wissen, vertraue ich darauf,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

dass ihnen auch etwas einfallen wird, wie sie zu Geld kommen.

(Irene Müller, DIE LINKE: Ethik und Moral ist doch für Sie ein Fremdwort. Das ist ja nicht zu fassen!)

Sollen sie darum beten, vielleicht fällt Manna vom Himmel. Ich will mir weder eine Religion aufzwingen lassen noch will ich die Rolle als Spender für religiöse Überzeugungen, die ich nicht teile, unfreiwillig übernehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Zu den wenigen positiven Hinterlassenschaften der DDR gehört, dass sie die Kirchen in den privaten Bereich zurückgedrängt hat, wo sie auch hingehören, und ihre Stellung als Staatskirche gebrochen hat. Und da gehören alle Religionsgemeinschaften hin, auch die jüdischen, muslimischen, buddhistischen, spiritistischen und auch die Voodoo-Anhänger und sonstigen Gemeinden, die demnächst alle Geld fordern werden, das nicht da ist. Deshalb lehnt die NPD diesen Vertrag ab.

Falls der Gegenredner nun irgendein Gerede über Rasse und 30er-Jahre und so erwartet hat, bitte ich …,

(Udo Pastörs, NPD: Um Entschuldigung.)

entschuldige ich mich dafür, dass ich ihn enttäuscht habe.

(Irene Müller, DIE LINKE: Das war eigentlich deutlich genug, was Sie gesagt haben.)

Er kann ja gerne eine Auszeit beantragen, um seinen Kram umzuschreiben, was sowieso nötig sein wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Dr. Jäger von der Fraktion der CDU.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen!

Herr Andrejewski, überraschend war das nicht.

(Michael Andrejewski, NPD: Nicht?)

Nein.

(Michael Andrejewski, NPD: Schade.)

Ja, das war eben nicht ganz so in dem Sinne, wie Sie Ihren Antrag formuliert haben, aber das dürfen Sie ja so machen.

(Udo Pastörs, NPD: Ja, das machen wir schon mal ab und zu.)

Aber vielleicht, wenn wir schon auf dem Weg sind, ziehen Sie den Antrag zurück, denn der geht so weit an der tatsächlichen und rechtlichen Sachlage vorbei, dass es schwerfällt, ihn überhaupt so aufzunehmen. Sie fordern die Landesregierung auf, dass sie den Vertrag mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden einseitig aufhebt. Weder die Landesregierung kann das, noch kann das das Land einseitig.

(Udo Pastörs, NPD: Schade eigentlich. Kann man sehen, wie abhängig man sich macht von ganz bestimmter Klientel. – Stefan Köster, NPD: Es geht alles, was man will. – Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE, und Michael Andrejewski, NPD)

Also ich würde mir wünschen, dass alles das, was Sie sagen, im Wortlaut des Protokolls ist,

(Udo Pastörs, NPD: Doch, geht doch, habe ich doch notiert.)

damit Sie sich da nicht wieder rauswinden können mit dem, was Sie hier an billigen und wirklich unter der Gürtellinie liegenden Vorurteilen verkünden.

(Udo Pastörs, NPD: So, das ist eine Feststellung.)

Also die Landesregierung kann es nicht, denn der Landtag hat zu diesem Vertrag beschlossen. Das ist ein Gesetz, 09.10.1996,

(Udo Pastörs, NPD: Dann müssen Sie es umschreiben oder abschaffen.)

selbst für Sie nachlesbar. Und man kann diesen Vertrag auch nicht einfach so einseitig, weil pacta sunt servanda, so heißt das so schön, ja, ich kann es Ihnen dann mal erklären …

(Udo Pastörs, NPD: Die haltet ihr gerne ein, solche Verträge.)

Es handelt sich um einen Staatskirchenvertrag. Insofern hat Herr Andrejewski sogar die Fundstelle richtig zitiert. Also so weit haben Sie doch schon von uns gelernt,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Respekt, ist in Ordnung.

(Udo Pastörs, NPD: Von euch lernen, heißt betrügen lernen. Von euch lernen, heißt betrügen lernen. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Ja, ist in Ordnung. Selbst bei Kindern, die nicht so begabt sind, freut man sich über kleine Fortschritte.

Es ist einfach nach Artikel 140 unseres Grundgesetzes in Verbindung mit 138 der Weimarer Reichsverfassung so, dass dies ein Staatskirchenvertrag ist. Und er enthält eine Klausel, die in diesen Verträgen auch üblich ist, nämlich eine sogenannte Freundschaftsklausel, brauche ich Ihnen nicht zu erklären, können Sie nachlesen, und die schließt aus, dass man einseitig den Vertrag einfach aufkündigt – verhandeln sicher.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Mal gut, dass die Sowjetunion keine Religion ist.)

Abgesehen davon, dass damit Ihr Antrag auf etwas rechtlich Unmögliches abzielt, bin ich mir ziemlich sicher, dass die Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP in einem absolut übereinstimmen: Wir wollen,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, da überraschen Sie uns auch nicht.)

wir wollen an diesem Vertrag festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Und, meine Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass ich das auch damit begründen muss, dass das mit unserer Geschichte etwas zu tun hat.

(Heinz Müller, SPD: Sehr richtig. – Zuruf von Wolfgang Griese, DIE LINKE)

Bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten hatten nämlich in den Mecklenburger Freistaaten,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

so hieß das damals,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und in Pommern jüdische Mitbürger ein sehr hohes Ansehen. Erst der Vernichtungsfeldzug der Nazis, der begann mit Berufsverboten und endete mit dem Holocaust,

(Udo Pastörs, NPD: Mit was bitte endete der?)

hat das jüdische Leben in unserem Land vollständig ausgelöscht.

(Udo Pastörs, NPD: Die Shoah.)

Und für die 1948 aus Flüchtlingen und den wenigen Überlebenden des Holocaust dann erneuerten Gemeinden

(Udo Pastörs, NPD: Ist das ’ne Religion?)

hat die damalige Regierung den Körperschaftsstatus erneuert. Die damalige Regierung hat ihn 1948 erneuert. Und damit hat sie jüdischen Mitbürgern das wiedergegeben, was die Nazis ihnen weggenommen haben, ein Akt der Wiedergutmachung.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ein bisschen.)

Seitdem gibt es den Körperschaftsstatus.

Und diese Landesgemeinde hatte 1959 insgesamt 59 und 1974 nur noch 10 Mitglieder. Das lag einmal an Überalterung, aber auch daran, dass vor dem Mauerfall wegen des sehr gespannten Verhältnisses des damaligen Staates zu Israel Juden woandershin abgewandert sind, solange sie das noch ohne Hindernisse konnten.

(Udo Pastörs, NPD: Die konnten sich nicht so bewegen in der DDR.)

Damit sind die jüdischen Gemeinden quasi ausgestorben. Und das hatte dann zur Folge – ich muss jetzt ein bisschen geschichtlich werden, weil Sie sind so, Sie argumentieren völlig ungeschichtlich, so, als würde alles heute neu erfunden –,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

mit der Überführung des Jüdischen Gemeinde Hauses in das Städtische Museum konnte man den Eindruck haben – oder hatte man mit Sicherheit den Eindruck, ich will das gar nicht beschönigen –, dass damit das Kapitel jüdisches Leben in Mecklenburg beendet war. Und erst mit der politischen Wende 1989/90 gab es dann die Möglichkeit, dass jüdischstämmige Bewohner der GUS-Staaten

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Es gibt keine jüdischstämmigen Bewohner. – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

als sogenannte Kontingentflüchtlinge nach Deutschland auswandern.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Und was Sie hier gesagt haben, Herr Andrejewski, dass man also mit einer Flasche Wodka die Zugehörigkeit erkaufen konnte,

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

das ist eine derartige Unverschämtheit, eine derartige Frechheit,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

mit der Sie über Menschen urteilen, über Dinge, die Sie gar nicht wissen können, aber das zeigt, dass das Nachdenken nicht gerade Ihre Stärke ist.

(Stefan Köster, NPD: Legen Sie doch alle zusammen von Ihren Diäten!)

Die bisherigen,

(Udo Pastörs, NPD: Wer ist denn Jude? Abstammung oder religiöses Bekenntnis?)

die bisherigen Landesregierungen unseres ...

(Udo Pastörs, NPD: Die Deutschen konvertieren komplett, wenn das Bekenntnis alleine maßgeblich ist. Dann geht’s ihnen besser. – Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

Gehen Sie raus duschen, das macht locker!

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD und CDU)

Die bisherigen Landesregierungen unseres Bundeslandes haben das als eine historische Chance angesehen, und darüber bin ich sehr froh, jüdische Menschen, die oftmals verfolgt und in Not waren in dem Land, aus dem sie zu uns gekommen sind, einzuladen, ihnen Gelegenheit zu geben, unter einem freiheitlichen System des Grundgesetzes

(Stefan Köster, NPD: Da haben Sie die Menschen auch schon wieder belogen.)

zumeist erstmals ihre Religion frei und ungehindert auszuüben.

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das können sie doch in Russland auch.)

Wer so denkt wie Sie, wird diesen Vorteil nicht verstehen, aber es gibt Menschen, für die das ganz wichtig ist. Für mich ist dies angesichts der sehr düsteren Vergangenheit

(Udo Pastörs, NPD: Oh!)

ein entscheidender Lichtblick,

(Stefan Köster, NPD: Ihre
Vergangenheit ist düster.)

gerade im Wiedererstarken von Mitmenschlichkeit, Demokratie und Toleranz – alles Worte, die für Sie Fremdworte sind, ich weiß.

(Udo Pastörs, NPD: Da täuschen Sie sich.)

Und dank einer durchaus überlegten Ansiedlungspolitik entstand in Rostock eine jüdische Gemeinde mit etwa 700 und in Schwerin und Wismar zusammen mit einer Mitgliederstärke von 1.150 Mitgliedern. Auf die Zahlen wird es noch ankommen in dem, was ich sagen möchte. Und daraus bildet sich heute der Landesverband der Jüdischen Gemeinden.

Am Anfang gab es riesige Herausforderungen. Am Anfang waren die Gemeindemitglieder völlig mittellos,

(Udo Pastörs, NPD: Ja, sie wussten
selbst gar nicht, dass sie Juden sind.)

sie sind zugewandert aus einer Situation,

(Udo Pastörs, NPD: Die mussten
erst drauf aufmerksam gemacht werden.)

aus einer Situation, wo sie dringend Hilfe brauchten,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Schweinerei,
was Sie erzählen, Herr Pastörs!
Das ist doch eine Schweinerei!)

und wir Deutschen sind stolz, dass wir sie ihnen geben konnten.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Sie beherrschten die deutsche Sprache nicht und mussten in einem für sie fremden Kulturkreis erst ihre, erst ihre ...

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Sie hätten doch auch in Russland
bleiben können als Russen.)

Ja, wünschen Sie sich. Wir wünschen das nicht. Wir haben humanitäre Vorstellungen.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Wir
können ja auch ganz Russland aufnehmen.)

Vor diesem Hintergrund, deswegen habe ich das noch mal ausgeführt, wurde der Staatskirchenvertrag, gegen den Sie sich jetzt wenden, damals geschlossen und der enthält in seinem Artikel 10 eine Kernaussage, die ich einfach zitieren will, weil sie so eindeutig ist: „Eingedenk des geschichtlich bedingten besonderen Verhältnisses zu seinen jüdischen Bürgern und zur Erhaltung … des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes“

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das waren keine deutschen Bürger.)

„beteiligt sich das Land an den Ausgaben des Landesverbandes für dessen religiöse Bedürfnisse und dessen Verwaltung mit einem jährlichen Gesamtzuschuß.“ Das steht so im Vertrag.

(Sylvia Bretschneider, SPD:
Ja, das ist auch gut so.)

Es gelang dann, Räume zu finden. In Rostock war es die Max-Samuel-Stiftung, die der Gemeinde ein Dach über dem Kopf gab. In Schwerin wurden die alten Gebäude am Schlachtermarkt, ehemals jüdisches Eigentum, wieder zurückgegeben.

(Udo Pastörs, NPD: Die
kriegen ja auch schon was zurück,
wo sie vor 2000 Jahren mal waren.)

Und seit 2002 hat der Landesverband mit Dr. William Wolff einen Landes...,

Hören Sie zu!

… einen Landesrabbiner, dessen menschlich großartige Aufopferung für seine Gemeinde, aber auch sein unbeirrbares Eintreten für Verständnis und Versöhnung den Menschen in unserem Land sehr guttut.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP)

Er vertritt als Zeitzeuge einer schrecklichen Zeit bei allen Gesprächen an Universitäten und Schulen mit seinem Vertrauen auf das Gute im Menschen eine glaubwürdige und für uns alle mitreißende Position, und darauf sind wir sehr stolz.

Meine Damen und Herren, es war deshalb für alle Beteiligten damals ein ergreifendes Ereignis, als dieser Landesrabbiner in Anwesenheit unseres Ministerpräsidenten und des Bildungsministers an dem Ort, an dem die Nazis die alte Synagoge haben abreißen lassen, die neu errichtete Synagoge einweihen konnte. Lassen Sie mich das ganz persönlich sagen: In meiner langjährigen kommunalpolitischen Tätigkeit in dieser Stadt war das der größte Augenblick, den ich erleben durfte, und ich bin sehr stolz, dass ich ein Stück dazu beitragen durfte.

Und, meine Damen und Herren, das jüdische Leben hat sich in unserem Lande zu einer kulturellen Bereicherung entwickelt, und nur wer blind ist für kulturelle Entwicklungen, der sieht das nicht.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das sieht auch Frau Müller,
dass das eine Bereicherung ist.)

In Rostock hat sich aus der jüdischen Gemeinde heraus ein eigenständiger Theaterverein entwickelt, der als „Theater Mechaje“

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

weit über die Grenzen unseres Landes und selbst der Bundesrepublik Deutschland durch nationale und internationale Auftritte auch für uns, für unser Land wirbt. Und in Schwerin ist es der Synogalchor „Masel tov“ –

(Im Plenarsaal klingelt ein Handy. –
Udo Pastörs, NPD: Da ruft
der Rabbi an jetzt gerade.)

für Sie übersetze ich das, das heißt „ich wünsche dir Glück“, das nehmen Sie aber bitte nicht von mir wörtlich –,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Das ist der Zentralrat, der gerade anruft.)

der durch seine überregionalen Auftritte bekannt geworden ist.

(Udo Pastörs, NPD:
Die durften das im Landtag. –
Raimund Frank Borrmann, NPD:
Die wollen bestimmt mehr Geld haben.)

Was sie,

(Gelächter bei Abgeordneten
der Fraktion der NPD)

was sie, die Fraktion der NPD, will mit der von ihr angestrebten Auflösung eines Staatskirchenvertrages, ist ganz einfach:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Warum
greift denn der Präsident nicht ein?)

Sie wollen dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden eine finanzielle Basis entziehen.

(Stefan Köster, NPD: Richtig. –
Tino Müller, NPD: Genau.)

Und, meine Damen und Herren, …

Ja, ja, das hatte ich von Ihnen auch nicht anders erwartet.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

… bei den Gesamtausgaben, die wir in diesem Bereich aufgrund von Staatskirchenverträgen leisten – und da hat Herr Andrejewski sogar mal recht gehabt –, ist dies kein entscheidender Beitrag zum Sparen.

(Stefan Köster, NPD: Aber
irgendwo muss man ja anfangen.)

Es ist Ihre ideologische Verblendung, die Sie dazu führt, und sonst nichts.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, dann schauen wir uns doch bitte mal an, was wir uns in diesem Lande auch sonst noch so leisten! In diesen Tagen wurden die Rechenschaftsberichte der Fraktionen des Landtages für das Jahr 2008 veröffentlicht. Danach hat die NPD-Fraktion an direkten Zuschüssen aus dem Landeshaushalt,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Wie sieht es denn mit der CDU aus? –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aus dem, ich lese jetzt, ich ...

Danach hat die NPD-Fraktion an direkten Zuschüssen ...

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Es ist schwer, hier zu reden, wenn Sie so pöbeln.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Könnte
mal jemand für Ordnung sorgen? –
Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Udo Pastörs, NPD)

In diesen Tagen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Mann, Mann, Mann, Mann!)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Herren von,

(allgemeine Unruhe)

meine Herren von der NPD-Fraktion,

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Sie wissen genau, dass der Redner hier das Wort hat und gehört werden muss.

(Udo Pastörs, NPD: Der Minister hat
aber auch zu schweigen. Das ist so.)

Herr Pastörs, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf, weil Sie wieder meine Hinweise hier kommentiert haben.

Der Redner hat das Wort.

(Wolfgang Griese, DIE LINKE:
Das ist der zweite.)

Dr. Armin Jäger, CDU: Danach hat Ihre Fraktion, die Fraktion der NPD, an direkten Zuschüssen aus dem Landeshaushalt 716.200 Euro erhalten.

(Zurufe von Minister Dr. Till Backhaus
und Stefan Köster, NPD)

Und interessant ist, was Sie damit machen: Davon wurden 569.479 Euro für Personalkosten aufgewendet.

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch klasse. –
Udo Pastörs, NPD: Schafft Arbeitsplätze.)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer sich mal die Herkunft und den Werdegang der Mitarbeiter, der hauptamtlichen Mitarbeiter

(Udo Pastörs, NPD: Ach, jetzt kommt das
wieder! Das hatten Sie vorhin schon gesagt.)

Ihrer Fraktion ansieht,

(Udo Pastörs, NPD: Wenn Sie hilflos
werden, greifen Sie zu diesen Mitteln.)

der kann sich doch des Eindrucks nicht erwehren,

(Raimund Frank Borrmann, NPD:
Kommen Sie doch bitte mal zur Sache!)

dass es sich hier um ein monströses Unterstützungsprogramm

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

für Funktionäre der NPD handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und was uns hier in Mecklenburg-Vorpommern

(Zuruf von Raimund Frank Borrmann, NPD)

auch besonders stört, das sind überwiegend Menschen,

(Zurufe von Barbara Borchardt, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

die zu unserem Land überhaupt gar keinen Bezug haben. Und das können wir nachweisen.

(Beifall bei Abgeordneten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Udo Pastörs, NPD: So wie Sie! –
Zuruf von Tino Müller, NPD)

So, nun lassen Sie mich eine ganz knappe Rechnung machen. Wenn man den Landeszuschuss durch die Anzahl Ihrer sechs Mandate,

(Stefan Köster, NPD: Das ist Wählerauftrag.)

Ihrer sechs Mandate teilt, dann kostet jeder von Ihnen – wohlgemerkt ohne die Diäten, sondern nur die Fraktionszuwendungen –

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Bei der CDU ist es aber ein Vielfaches. Denken Sie mal daran!)

jährlich 119.366 Euro.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Sie haben sogar Geld, dass sie ins Bordell gehen können. – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und da, meine Damen und Herren, nimmt sich die Unterstützung für unsere jüdischen Mitbürger, für die jüdischen Gemeinden doch sehr bescheiden aus. Teilt man nämlich den Zuschuss, den der Landesverband bekommt, durch die Mitglieder,

(Stefan Köster, NPD: Sie sind doch echt ein Blender.)

dann kostet das den Landeshaushalt pro Mitglied 191 Euro im Jahr.

(Zurufe von Raimund Frank Borrmann, NPD, Stefan Köster, NPD, und Udo Pastörs, NPD)

Und während Sie, wie gerade wieder ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Dr. Jäger, einen Augenblick.

(Udo Pastörs, NPD: Oh, das ist ja schlimm.)

Herr Borrmann, ich weise Sie nochmals darauf hin, dass Sie Zwischenrufe hier,

(Stefan Köster, NPD: Herr Dr. Jäger, Sie sind ein Blender.)

das ist möglich, aber nicht Ihr ständiges Zwischenreden. Sie haben hier nicht das Wort, das Wort hat Herr Dr. Jäger.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Dr. Armin Jäger, CDU: Und, meine Damen und Herren, wenn wir das Zahlenverhältnis nehmen, dann gehen wir noch ein Stück weiter. Während Sie durch Ihr überwiegend – was Sie gerade jetzt wieder belegt haben – peinliches und unerzogenes Verhalten dem Ansehen des Landtages schaden und in der Ausschussarbeit fast gänzlich ausfallen,

(Stefan Köster, NPD: Welchem Ansehen?)

erhält das gesellschaftliche Leben in unserem Lande

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

durch die vielen positiven Beiträge der jüdischen Gemeinden in unserem Land eine Bereicherung, die uns viel mehr gibt, als sie uns kostet.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Wenn Sie uns denn helfen wollen zu sparen, da gibt es einen

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sehr viel weiter reichenden Vorteil, den wir erzielen könnten: Wenn Sie als Antragsteller sich entscheiden könnten, uns in Zukunft von Ihrer Anwesenheit im Landtag zu befreien, können wir sehr viel Geld sparen, und fehlen werden Sie uns nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU und DIE LINKE – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Und deswegen lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird der Wähler schon richten.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Raimund Frank Borrmann, NPD: Bei Herrn Jäger könnten wir aber noch mehr Geld sparen, bei der CDU-Fraktion.)

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Also erst mal wundere ich mich, Herr Dr. Jäger, für Ihre heilige Scheu vor Verträgen. In Ihrem letzten Redebeitrag haben Sie gerade noch gesagt, wenn jemand aus der nationalen Szene Pachtverträge oder Kaufverträge über Grundstücke schließt, dann helfen Sie, dass die sofort wieder beseitigt werden. Offenbar mit allen Mitteln, nicht?

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Verträge gelten gar nichts, solange sie Ihnen nicht in den Kram passen.

(Zurufe von Angelika Peters, SPD, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn es eine juristische Konstruktion gäbe von der Qualität des Staatskirchenvertrages, die uns zugute käme, wäre die so schnell weg, so schnell könnte man gar nicht gucken, inklusive Grundgesetzänderung in einer Nachtsitzung. Also tun Sie nicht so, als ob Sie hier vor Ehrfurcht umfallen würden vor Verträgen! Die bedeuten Ihnen gar nichts, genauso nicht die Gesetze.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das mag bei Ihnen ja so sein, Herr Andrejewski. Bei Ihnen ist das mit Sicherheit so.)

Zweitens, die Geschichte. Die beste Lehre aus der Geschichte für die jüdischen Gemeinden wäre nicht, ihnen einen Sonderstatus zuzugestehen,

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

denn ein Sonderstatus

(Udo Pastörs, NPD: Den wollen sie wiederhaben.)

ist immer gefährlich. Ein positiver Sonderstatus kippt viel eher in einen negativen um als eine normale Graue-Maus-Existenz.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Wenn irgendwann mal die Leute in der Straße vorbeigehen

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und da ist eine neuapostolische Kirche und da ist eine Synagoge und da ist ein Mormonentempel, die denken sich nichts mehr dabei und denken, aha, einer wie der andere, dann ist die Geschichte zu einem guten Ende gekommen. Dann haben die Juden nämlich keinen Sonderstatus mehr,

(Udo Pastörs, NPD: So ist es.)

und keiner, weder positiv noch negativ, wird hysterisch, wenn er das Wort „Jude“ hört.

Drittens, NPD-Gelder. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Bringen Sie Gesetzentwürfe ein, dass Parteien kein Geld mehr vom Staat kriegen, keine Wahlkostenerstattung, keine Fraktionszuwendungen, nichts, dann machen wir sofort mit. Nur, dann sind Sie platt,

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

weil Sie nur bezahlte Kräfte haben, und keine Idealisten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir haben Idealisten, wir haben unsere Wahlkämpfe hier mit null gemacht, wir hatten nichts im Gegensatz zu Ihnen. Sie schöpfen,

(allgemeine Unruhe)

seit ewigen Zeiten schöpfen Sie aus unerschöpflichen Quellen.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Was nun

(Udo Pastörs, NPD: Euer Filz
würde dann zusammenbrechen.)

den Wodka betrifft, da fragen Sie mal die Landesrabbiner, die Sie so kennen, nach den Problemen mit Leuten, die sich fälschlicherweise als Juden ausgeben, sich irgendwie, vielleicht auch für 1.000 Dollar, wenn es keine Flasche Wodka war, eine Bescheinigung bei korrupten russischen Beamten geholt haben.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Udo Pastörs, NPD)

Und das ist ein großes Problem für die jüdische Gemeinde, die wieder loszuwerden.

(Zurufe von Stefan Köster, NPD,
und Udo Pastörs, NPD)

Ansonsten frage ich mich, was der Landesrabbiner,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

bei dem sich die etablierten Politiker ja immer anbiedern, wirklich über Sie denkt, wenn Sie so bei ihm antichambrieren. Er weiß, ganz genau dieselben Typen, die 1933 als erste ihre jüdischen Nachbarn nicht mehr grüßten und stattdessen sofort die größten Nazis waren, waren 1945 auch die ersten, die mit dem Blumenstrauß vor der Tür standen und sich einschleimten, katzenfreundlich.

(Udo Pastörs, NPD: Richtig.)

Er dürfte schon wissen, was er von seinen Pappenheimern zu halten hat.

(Udo Pastörs, NPD:
Hören Sie gut zu, Herr Doktor!)

Der Landesrabbiner weiß auch, dass er in Deutschland einen gewissen Einfluss hat, beziehungsweise die jüdische Gemeinde.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wenn ein Politiker ihm dumm kommt, dann kann er mal den israelischen Botschafter anrufen oder den amerikanischen Botschafter und dann wird der Politiker zusammengefaltet. Und dann funktioniert der auch. Das weiß er.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ein
Blödsinn! Also das glaube ich ja nicht. –
Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Das heißt, für Karrieristen

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

oder Opportunisten ist es augenblicklich sehr ratsam, judenfreundlich zu erscheinen. Und auch, nur als israelkritisch verdächtigt zu werden,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Da
können Sie mal Ihre Denkstruktur sehen.)

ist der Karrierekiller, außer bei uns, und, Frau Borchardt, außer bei Ihnen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Bei Ihnen kann man das mittlerweile auch. Die Aktion von Frau Sahra Wagenknecht, als sie nicht aufgestanden ist bei Herrn Peres zum Holocaust-Gedenktag, fand ich hervorragend.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Der Landesrabbiner wird sich vielleicht fragen: Auf welche dieser Gestalten kann ich mich wohl verlassen, wenn es wieder mal karriereschädigend sein sollte, die Eröffnung einer Synagoge zu besuchen? Wer wird dann wohl noch kommen? Wird ein ehemaliger CDU-Blockparteiler und SED-Knecht kommen, der sich heute demokratischer Innenminister nennt?

(Irene Müller, DIE LINKE:
Oh, was ist denn das? – Zuruf
von Birgit Schwebs, DIE LINKE)

Wird ein ehemaliger Grenztruppenmann kommen und SED-Diener,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, Sie sind
doch wirklich das Letzte, Herr Andrejewski.)

der sich jetzt Bildungsminister nennt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
widerwärtig, was Sie hier von sich geben.)

Ich glaube nicht, dass der Landesrabbiner sich auf solche Figuren verlassen wird,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tief sitzender
Judenhass spricht aus Ihren Worten.
Widerlich, widerlich!)

auf solche Figuren sollte sich keiner verlassen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Fraktion der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3479. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist der

Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/3479 bei Zustimmung der Fraktion der NPD, aber Ablehnung aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 7. Juli 2010, 10.00 Uhr ein.

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 13.04 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Ilka Lochner-Borst, Gabriele Měšťan, Dr. Wolfgang Methling und Jochen Schulte.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der Abgeordneten, die an der Wahl der Mitglieder zur 14. Bundesversammlung teilgenommen haben

– Drucksachen 5/3532, 5/3537, 5/3542, 5/3528(neu) und 5/3541 –

1.	Andrejewski, Michael	NPD
2.	Dr. Backhaus, Till	SPD
3.	Baunach, Norbert	SPD
4.	Bluhm, Andreas	DIE LINKE
5.	Borchardt, Barbara	DIE LINKE
6.	Borchert, Rudolf	SPD
7.	Dr. Born, Ulrich	CDU
8.	Borrmann, Raimund Frank	NPD
9.	Bretschneider, Sylvia	SPD
10.	Brodkorb, Mathias	SPD
11.	Caffier, Lorenz	CDU
12.	Dankert, Reinhard	SPD
13.	Glawe, Harry	CDU
14.	Grabow, Ralf	FDP
15.	Griese, Wolfgang	DIE LINKE
16.	Heydorn, Jörg	SPD
17.	Holter, Helmut	DIE LINKE
18.	Holznagel, Renate	CDU
19.	Dr. Jäger, Armin	CDU
20.	Kokert, Vincent	CDU
21.	Koplin, Torsten	DIE LINKE
22.	Dr. Körner, Klaus-Michael	SPD
23.	Köster, Stefan	NPD
24.	Kreher, Hans	FDP
25.	Lenz, Burkhard	CDU
26.	Leonhard, Gino	FDP
27.	Dr. Linke, Marianne	DIE LINKE
28.	Liskow, Egbert	CDU
29.	Löttge, Mathias	CDU
30.	Lück, Regine	DIE LINKE
31.	Lüssow, Birger	NPD
32.	Müller, Detlef	SPD
33.	Müller, Heinz	SPD
34.	Müller, Irene	DIE LINKE
35.	Müller, Tino	NPD
36.	Dr. Nieszery, Norbert	SPD
37.	Pastörs, Udo	NPD
38.	Peters, Angelika	SPD
39.	Polzin, Heike	SPD
40.	Ratjen, Sebastian	FDP
41.	Reese, Sigrun	FDP
42.	Reinhardt, Marc	CDU
43.	Renz, Torsten	CDU
44.	Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
45.	Dr. Ringstorff, Harald	SPD
46.	Ritter, Peter	DIE LINKE
47.	Roolf, Michael	FDP
48.	Rühs, Günter	CDU
49.	Schildt, Ute	SPD
50.	Schlotmann, Volker	SPD
51.	Schlupp, Beate	CDU
52.	Schnur, Toralf	FDP
53.	Schwarz, Thomas	SPD
54.	Schwebs, Birgit	DIE LINKE
55.	Dr. Seemann, Margret	SPD
56.	Seidel, Jürgen	CDU
57.	Sellering, Erwin	SPD
58.	Specht, André	CDU
59.	Stein, Peter	CDU
60.	Dr. von Storch, Henning	CDU
61.	Dr. Tack, Fritz	DIE LINKE
62.	Tegtmeier, Martina	SPD
63.	Dr. Timm, Gottfried	SPD
64.	Timm, Udo	CDU
65.	Vierkant, Jörg	CDU
66.	Waldmüller, Wolfgang	CDU
67.	Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD

Namentliche Abstimmung

über die Ziffer 1 des
Antrages der Fraktion der FDP
Keine Nutzung illegal gewonnener
Informationen durch den Staat
– Drucksache 5/3486 –

Jastimmen

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roolf, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Dankert, Reinhard
Heydorn, Jörg
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Heinz
Dr. Nieszery, Norbert
Polzin, Heike
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Sellering, Erwin
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Caffier, Lorenz
Glawe, Harry
Holznagel, Renate
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Koplin, Torsten
Ritter, Peter
Dr. Tack, Fritz

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	58
Gültige Stimmen	58
Jastimmen	13
Neinstimmen	45
Enthaltungen	-

Namentliche Abstimmung

über den
Antrag der Fraktion DIE LINKE
Rechte des Landtages achten –
Unterrichtung zur Unterrichtsversorgung endlich vorlegen
– Drucksache 5/3497 –

Jastimmen

DIE LINKE

Bluhm, Andreas
Borchardt, Barbara
Griese, Wolfgang
Koplin, Torsten
Lück, Regine
Müller, Irene
Ritter, Peter
Schwebs, Birgit
Dr. Tack, Fritz

FDP

Grabow, Ralf
Kreher, Hans
Leonhard, Gino
Ratjen, Sebastian
Reese, Sigrun
Roolf, Michael
Schnur, Toralf

NPD

Andrejewski, Michael
Borrmann, Raimund Frank
Köster, Stefan
Lüssow, Birger
Müller, Tino
Pastörs, Udo

Neinstimmen

SPD

Dr. Backhaus, Till
Baunach, Norbert
Borchert, Rudolf
Bretschneider, Sylvia
Dankert, Reinhard
Dr. Körner, Klaus-Michael
Müller, Heinz
Peters, Angelika
Schildt, Ute
Schlotmann, Volker
Schwarz, Thomas
Dr. Seemann, Margret
Tegtmeier, Martina
Dr. Timm, Gottfried
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

CDU

Dr. Born, Ulrich
Dr. Jäger, Armin
Kokert, Vincent
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Löttge, Mathias
Reinhardt, Marc
Renz, Torsten
Ringguth, Wolf-Dieter
Rühs, Günter
Schlupp, Beate
Seidel, Jürgen
Specht, André
Stein, Peter
Dr. von Storch, Henning
Timm, Udo
Vierkant, Jörg
Waldmüller, Wolfgang

Enthaltungen

SPD

Brodkorb, Mathias

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	56
Gültige Stimmen	56
Jastimmen	22
Neinstimmen	33
Enthaltungen	1